www.roteanneliese.ch

NR. 244 | MAI 2018 | FR. 6.–

ROTE ANNELIESE

Seit 1973

Die kritische Stimme des Oberwallis

1. Mai 2018

Noch immer sind Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau Realität. Eines der Themen im Bahnhofbuffet Brig. › Seite 3

Kampf für die Frauenrechte

Vor hundert Jahren rief das Oltener Aktionskomitee zum Generalstreik auf. Auf der Liste der Forderungen stand auf Platz zwei das Frauenstimmrecht. › Seite 10-11

Arnold in den Ausstand!

Aufgrund von Befangenheit und einem Interessenkonflikt mit der Gemeinde Brig-Glis müsste Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold im Fall der Wahlfälschung in den Ausstand treten. › Seite 12

200. Geburtstag Karl Marx

Einst war die Uni Freiburg ein Hort der katholischen Reaktion im Kampf gegen die Protestanten. Und erst recht im Kampf gegen alles Rote und alle Roten. Heute widmet die Hochschule die Titelseite ihrer Hauszeitschrift Karl Marx. Wir sind überrascht, und zwar positiv. Zu seinem 200. Geburtstag schreibt Hilar Eggel über den ewig Unverstandenen. › Seite 20-22

Zur Verarmung gezwungen

2017 wurden im Oberwallis 110 Personen ausgesteuert. Bevor sie sich beim Sozialamt anmelden dürfen, müssen sie ihr Vermögen bis auf 4'000 Franken aufbrauchen. › Seite 4-5

Das Versagen der Menschenrechte

Krieg ist für viele Länder ein gutes Geschäft. Um die Opfer kümmern sich Politiker einen Dreck. Das bestätigt auch UNO-Sonderberichterstatter Alfred de Zayas. › Seite 14-15

Alfred de Zayas an der Generalversammlung der UNO in New York.

ROTE ANNELIESE
– SEIT 1973 –

IMPRESSUM

AUSGABE
Mai 2018, RA 244

AUFLAGE
1'500 Exemplare

HERAUSGEBER
Verein Rote Anneliese
Postfach 441
3900 Brig-Glis

VERANTWORTLICHER
Reinhard Jossen

INTERNET
www.roteanneliese.ch

FACEBOOK
facebook.com/rote.anneliese

KONTAKT
Telefon 027 923 63 89
Besser zu erreichen unter:
rote.anneliese@rhone.ch

REDAKTION
Silvia Eyer

MITWIRKENDE
Clément Borgeaud, Hilar Eggel, German Eyer, Frank Garbely, David Gundi, Elisabeth Joris, Michael Näpfli, Gilbert Truffer

LAYOUT
Martina Studer

KARIKATUR
Felix Grundhöfer

ADMINISTRATION
Martina Studer

DRUCK
s+z:gutzumdruck
3902 Brig-Glis

Editorial

Silvia Eyer: Redaktorin der Roten Anneliese

Liebe Leserinnen und Leser

Diese Ausgabe ist im Speziellen dem Tag der Arbeit gewidmet. Doch woher stammt eigentlich diese Tradition? Wir werfen einen Blick zurück ins Jahr 1886. Die Arbeitsbedingungen waren vielerorts untragbar. Zehnstundentage oder mehr keine Seltenheit. Die Arbeiter schufteten für einen Hungerlohn. Der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten von Amerika reichte es. Sie gingen auf die Strasse. Es war der 1. Mai 1886. Drei Jahre später folgte ein internationaler Arbeiterkongress in Paris. Hier wurde beschlossen, dass fortan am 1. Mai weltweit die Arbeiter streiken und ihre Forderungen stellen sollten. 1890 fand auch in der Schweiz zum ersten Mal eine 1.-Mai-Feier statt. Doch in der Schweiz war und ist der 1. Mai stets regional geprägt. Einzig in den Kantonen Zürich, Neuenburg, Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie dem Jura ist der 1. Mai ein dem Sonntag gelichgestellter Feiertag. Und im Wallis? In unserem katholischen und von den C-Parteien geprägten Kanton ist der 1. Mai ein regulärer Arbeitstag. Die Tradition hatte hier nie eine wirkliche Chance. Trotzdem organisiert der Oberwalliser Gewerkschaftsbund gemeinsam mit der Unia Jugend eine Feier. Das diesjährige Programm findet ihr direkt auf Seite 3. Was bedeutet es ausgesteuert zu werden? Wir berichten auf den zwei Folgeseiten. German Eyer schreibt aus Sicht des Gewerkschaftssekretärs der Unia über die Lonza, die Jobmaschine der Region. Und da der diesjährige 1. Mai mit dem Thema «Lohngleichheit. Punkt. Schluss!» den Frauen gewidmet ist, hat Elisabeth Joris, die übrigens auch an der diesjährigen 1.-Mai-Feier im Bahnhofbuffet Brig eine Ansprache hält, einen Beitrag zum Thema «100 Jahre Generalstreik: Auch ein Kampf für Frauenrechte» geschrieben. Postauto Wallis ist unter Druck, weil es zu viele Tricksereien gab und die Löhne für die Fahrer zu tief sind. Will Jacques Melly Postauto Wallis mittels Ausschreibungen zerstören? Der Beitrag dazu auf Seite 16. Und auf der Folgeseite: Die Krankenkassenprämien explodieren. Darunter leiden auch immer mehr Menschen mit mittleren Einkommen. Jetzt will die CSS den Selbstbehalt auf 10'000 Franken anheben. Der Visper Jodok Wyer ist Präsident dieser christlichsozialen Krankenkasse. Doch ist dieser Ansatz christlich und sozial?

Dann noch ein Blick über den Tellerrand: Um die Menschenrechte steht es nicht gut. UNO-Sonderberichterstatter Alfred de Zayas erklärt im Interview, was anders laufen sollte und müsste. ■

Inhalt

reichlichwirtschaftlich
Ausgesteuert – Fakten und Erfahrungsbericht **4-5**

konstruktivinformativ
German Eyer – Die Jobmaschine Lonza **6**

konstruktivinformativ
Interview mit Lukas Steimer **7**

reichlichwirtschaftlich
Clément Borgeaud – Service Public **8**

reichlichwirtschaftlich
Gilbert Truffer – Wasserzinsen **9**

kritischpolitisch
Elisabeth Joris – Frauenrechte **10-11**

kritischpolitisch
Rinaldo Arnold in den Ausstand **12**

konstruktivinformativ
Esther Waeber-Kalbermatten – Simplon Forum **13**

kritischpolitisch
Interview mit Alfred de Zayas **14-15**

reichlichwirtschaftlich
Postauto Wallis
Klassenkampf für Klassenmedizin **16-17**

mafiaboss
Frank Garbely – Fortsetzungsgeschichte
Fortunato Maesano, Teil 2 **18-19**

wirklichgeschichtlich
Hilar Eggel – 200. Geburtstag Karl Marx **20-22**

konstruktivinformativ
Ein anderer Blickwinkel & Buchtipp **23**

dickeeier
Hexen, Oberwalliser Männerstuben und andere dicke Eier **24-25**

aktuellkulturell
Filmgespräch, Agenda und Veranstaltungen **26-27**

wissenswert
Wussten Sie schon, dass...? **28**

Das Programm zum 1. Mai 2018 in Brig

Der Kampf geht weiter: Lohngleichheit für Frauen!

Brig | Im November 2018 jährt sich die grösste Massenstreikbewegung in der Geschichte der Schweiz zum hundertsten Mal. Diese forderte unter anderem den Achtstundentag, das Frauenwahlrecht sowie eine Alters- und Invalidenversicherung. Der Streik wurde abgebrochen, ohne dass die Forderungen erfüllt worden wären. Dennoch markiert er die entscheidende Weichenstellung, denn in seiner Folge kam es zu Fortschritten bei den Arbeitsbedingungen, in der Sozialpolitik und der politischen Partizipation. Die AHV wurde 1947 und das Frauenstimmrecht 1971 eingeführt.

Bildquelle: Clem Onojeghuo/unsplash.com

Heute sind Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau immer noch nicht aus der Welt geschafft, und dies, obwohl seit 1981 offiziell in der Bundesverfassung verankert! Dass «Mann und Frau Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit» haben, wird seitens der Arbeitgeber ignoriert. Das Resultat: 20 Prozent weniger Lohn bei Frauen. Der Grund: Es sind Frauen. Das ist reine Diskriminierung!

Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und sozialpolitische Errungenschaften sind gekoppelt an harte Auseinandersetzungen und wurden bis heute immer gemeinsam und nicht individuell erkämpft. Ein Blick in die Zukunft lässt nichts Gutes vermuten: Flexibilisierung der Arbeitszeit, befristete Arbeitsverträge, Kurzeinsätze oder Arbeit auf Abruf sind uns heute bestens bekannt. Der von Bundesrat und Unternehmer gefeierte «Digitaltag» wirft die Frage nach zukünftigen Beschäftigungsmodellen und Arbeitskämpfen auf. Dies in einer durch und durch vernetzten, aber steigend individualisierten Gesellschaft. ■

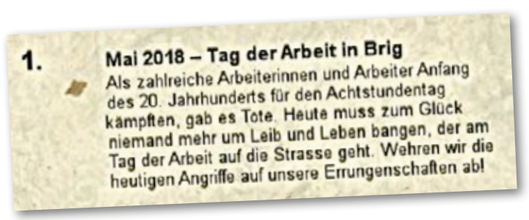
Agenda

Rückblick, Ausblick – Lösungen

Elisabeth Joris, Schweizer Historikerin
Manuela Giovanoli, Sekretärin für Gleichstellungspolitik der Unia
Christian Schnidrig, Ko-Präsident Piratenpartei

Musikalische Unterhaltung
Los Hermanos Perdidos

Ort und Zeit
Bahnhofbuffet Brig, 18.00 Uhr



1. Mai 2018 – Tag der Arbeit in Brig
Als zahlreiche Arbeiterinnen und Arbeiter Anfang des 20. Jahrhunderts für den Achtstundentag kämpften, gab es Tote. Heute muss zum Glück niemand mehr um Leib und Leben bangen, der am Tag der Arbeit auf die Strasse geht. Wehren wir die heutigen Angriffe auf unsere Errungenschaften ab!

Mit der Aussteuerung ist der soziale Abstieg vorprogrammiert

Faktisch zur Verarmung gezwungen

Oberwallis | Sind die Taggelder bei der Arbeitslosenkasse aufgebraucht, kommt es zur Aussteuerung. Ein Schlag ins Gesicht. Denn damit drohen nicht nur der Gang zum Sozialamt und ein Leben am Existenzminimum. Die Folgen sind weitreichender.

Silvia Eyer

Im Oberwallis wurden im Jahr 2017 insgesamt 110 Personen ausgesteuert. Sie haben ihren Anspruch auf Taggelder ausgeschöpft. In derselben Zeitspanne haben sich aber nur 43 versicherte Personen neu beim Sozialmedizinischen Zentrum Oberwallis SMZO angemeldet. Und dabei handelt es sich nicht zwangsläufig um Ausgesteuerte. Die Dunkelziffer dürfte also höher sein. Viele Menschen vermeiden den Gang zum Sozialamt. Sie wollen nicht stigmatisiert werden. Und sowieso: Bevor ausgesteuerte Personen überhaupt Sozialhilfe in Anspruch nehmen dürfen, müssen sie ihr Vermögen bis auf 4'000 Franken aufbrauchen. «Ich nenne das eine Volksvermögensvernichtungsmaschinerie», erklärt Dieter Müller, Bereichsleiter Soziales beim SMZO. Damit meint er die Sozialversicherungsgelder, die Steuergelder und nicht zuletzt das Vermögen der Betroffenen, die in diesen Fällen eingesetzt werden müssen. «Diese Menschen sind gezwungen zu verarmen.» Nach dem Abbau ihres Vermögens erhalten sie dann als Sozialhilfebezüger 986 Franken für den Grundbedarf pro Monat.

Besonders hart für 55 Plus

Immer häufiger scheiden ältere Arbeitnehmende aus dem Erwerbsleben aus und bleiben auf Dauer ohne Anstellung. Angestellte 55 Plus sind vielen Arbeitgebern aufgrund der steigenden Sozialkosten zu teuer. Ausserdem sind sie nicht mehr so stark körperlich belastbar wie ihre jungen Kollegen. Bei einem Stellenabbau im Unternehmen trifft es sie am ersten. Eine Rückkehr in den regulären Arbeitsmarkt bleibt vielen verwehrt. Der Prozess vom Verlust der Stelle bis zum Bezug von Sozialhilfe ist von Person zu Person unterschiedlich lange. Er ist unter anderem abhängig von Faktoren wie der Bezugsberechtigung bei der Arbeitslosenversicherung oder eben von der Höhe des Vermögens, welches es aufzubrauchen gilt. Darunter fallen das Barvermögen und vorhandene Fahrzeuge ebenso wie die dritte Säule, die bei einer Aussteuerung

> «Ich nenne das eine Volksvermögensvernichtungsmaschinerie»

ab sechzig Jahren verwertet werden muss. Ist ein Haus vorhanden, muss dieses zwar nicht verkauft werden, solange die Hypothekenrate günstiger ist als eine Miete. Jedoch muss eine Grundpfandverschiebung zur Wohngemeinde vorgenommen werden. Dass heisst: Wird das Haus in Zukunft verkauft, muss die Schuld beim Sozialamt zurückbezahlt werden.

Der gesundheitliche Aspekt

Doch die Folgen für die betroffenen Personen sind noch viel weitreichender. «Viele der Menschen, die nach der Aussteuerung zu uns kommen, werden von Tag zu Tag desillusionierter», so Dieter Müller. «Sie werden psychisch und physisch krank. Die Gesundheitskosten, die durch die Abhängigkeit von der Sozialhilfe entstehen, sind enorm hoch.» Natürlich gibt es Massnahmen, die dem entgegenwirken sollen. Beispielsweise bei Topjob Oberwallis, einer Fachstelle des SMZO, die sich für die berufliche Reintegration von Ausgesteuerten einsetzt. Die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erfolgt stufenweise über eine Umschulung oder ein Praktikum. Zusätzlich gibt es soziale Einarbeitungszuschüsse, um bei potentiellen Arbeitgebern einen Anreiz zu schaffen. Rund 50 Prozent der betroffenen Personen finden so einen Weg zurück in die Arbeitswelt. Daran teilnehmen können jedoch nur Sozialhilfebezüger bis 60 Jahren. Und auch die Kosten sind nicht ohne: Pro Person und Monat schlägt das Programm mit 1'100 Franken zu Buche. 70 Prozent davon trägt der Kanton, der Rest wird auf die Gemeinden verteilt. Das Problem bei diesen Massnahmen ist aber der zu diesem Zeitpunkt bereits weit fortgeschrittene berufliche Desintegrationsprozess. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS hat deshalb im Februar eine Alternative vorgeschlagen.

Keine Aussteuerung mehr ab 55

Schweizweit ist die Zahl der Sozialhilfebezüger über 55 von 2010 bis 2016 um mehr als 50 Prozent auf 30'110 Personen angestiegen. Der Anteil der Bevölkerung in dieser Altersklasse in der gleichen Zeitspanne jedoch nur um 12 Prozent. Nach dem Vorschlag der SKOS sollen künftig Personen ab 55 nicht mehr ausgesteuert werden und bis zum Erreichen des Pensionsalters in der Arbeitslosenversicherung verbleiben. Ein Modell mit einem guten Ansatz, wie auch Dieter Müller findet: «Dieses System ist sicher humanitärer und von Vorteil für die psychische Verfassung der Betroffenen. Doch gelöst ist das Problem damit nicht. Es wird von einer Sozialversicherung zur nächsten umgewälzt.» Er findet einen anderen Ansatz besser. «Ausgesteuerte Menschen ab dem 55. Lebensjahr sollten in Frühpension gehen dürfen. Sie müssten dann ihr Vermögen nicht abbauen und erhielten monatlich 1'600 Franken für den Grundbedarf.» Für die betroffenen Personen ist es ganz klar eine existenzielle Frage. Und dabei darf man auch den Rattenschwanz nicht vergessen, den eine Aussteuerung mit sich zieht. Denn Betroffene können nach der Aussteuerung auch ihren Kindern nichts mehr vermachen. ■

Ausgesteuert – Ein anonymer Erfahrungsbericht:

«Ich habe die Schnauze voll von diesem System»

Oberwallis | Markus B. * hat sein Leben lang hart gearbeitet. Mit 59 Jahren erhielt er aufgrund von fehlenden Aufträgen im Unternehmen die Kündigung. Nach hunderten Bewerbungen ohne Erfolg kam zwei Jahre später die Aussteuerung.

Silvia Eyer

«Ja, manchmal habe ich schon das Gefühl, ich kann nicht mehr. Doch ich will nicht jammern. Das ist nicht meine Art», erklärt Markus zu Beginn des Gesprächs. Der gelernte Versicherungskaufmann hat sein Leben lang hart gearbeitet. Dann folgte ein Schicksalsschlag und die Geschichte nahm ihren Lauf.

20 Jahre bei derselben Firma

Markus führte ein ganz normales Leben. Er ist 1955 im Kanton Bern geboren. Absolvierte eine Ausbildung zum Versicherungskaufmann. Bis zu seinem 38. Lebensjahr arbeitete er in derselben Firma in Bern. Er war gleichzeitig im Verkauf wie im Aussendienst tätig. Dann verliebte er sich in eine Walliserin. Er zog zu ihr nach Brig und pendelte fortan während zwei Jahren zur Arbeit nach Bern. Mit der Zeit wurde in ihm der Wunsch nach einer anderen Arbeitsstelle immer grösser. «Was soll ich sagen? Die Versicherungsbranche ist verlogen. Da wird nicht mit fairen Mitteln gearbeitet. Und mit den Jahren konnte ich das einfach nicht mehr mit meinen inneren Werten vereinbaren», erklärt Markus. Er hat gekündigt und lebte von seinen Ersparnissen. Zum Arbeitslosenamt ging er damals nicht. «Ich wollte dem Staat nicht auf der Tasche liegen.» Markus absolvierte in dieser Zeit einen sechsmonatigen Wirtekurs. Um praktische Erfahrung zu sammeln, arbeitete er während einem Jahr in der Küche eines Hotels. Einen eigenen Betrieb hat er aber nie eröffnet. «Ich scheute das Risiko», erinnert sich Markus zurück. Stattdessen schlug er einen anderen Weg ein.

Das Schicksal schlägt zu

Markus fand eine Arbeitsstelle als Monteur in einer Schlosserei. Zu dem Zeitpunkt war er 40 Jahre alt. Als Hilfsarbeiter erlernte er die Fähigkeiten und arbeitete sich mit der Zeit hoch. Über 14 Jahre blieb er bei diesem Unternehmen. Doch dann passierte es: Bei einem Arbeitseinsatz an einer Gebäudefassade stürzte er vom Gerüst. «Ich bekam ein künstliches Kniegelenk und war für ein Jahr krankgeschrieben. Das schlimmste war für mich, dass ich nicht wusste, wie es weiter gehen sollte», erklärt Markus. Als Monteur konnte er nicht mehr arbeiten. Die IV bezahlte ihm eine Umschulung. Wieder zurück ins Büro. Das war zwar nicht sein Ziel, doch Markus betont: «Ich war froh, überhaupt wieder etwas machen zu können.» Ein Jahr dauerte die Umschulung in einem fingierten Unternehmen. Während dieser Zeit hat Markus nach einer weiterführenden Arbeit gesucht. Kurzfristig hat er etwas gefunden. Mehrere Jahre wechselten sich verschiedene Stellen ab. Bei seiner letzten Anstellung putzte er Einstellhallen und reparierte Einkaufswagen. «Klar war das kein Job, der Freude bringt. Doch das Gehalt stimmte und ich war bereit, die Arbeit bis zu meiner Pensionierung auszuführen.» Aber es kam anders.

Die Kündigung mit 59 Jahren

Das Unternehmen generierte zu wenig Aufträge. Markus erhielt unverschuldet die Kündigung. Da war er 59 Jahre alt. Dann fing die Mühle an zu mahlen. Er meldete sich beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und der Arbeitslosenkasse an. «Ich habe mich im ganzen Land beworben. Im Wallis selbst wurde ich nicht einmal zu einem einzigen Vorstellungsgespräch eingeladen. Und manchmal erhielt ich bereits zwei Minuten nach meiner Bewerbung die Absage. Klar war das wegen meines Alters», erklärt Markus. Schliesslich hatte er auch das Gefühl, vom RAV zu wenig Unterstützung zu erhalten. Einmal musste er einen Bewerbungskurs absolvieren. Das war aber auch schon alles. Erst drei Monate vor der Aussteuerung wurde er zum Berufsberater geschickt. «Doch der hat mir auch nicht viel Neues gezeigt. Wir suchten auf den verschiedenen Internetportalen nach Jobs. Das gleiche machte ich schon von Zuhause aus.» Einen Monat vor der Aussteuerung kam Markus in das Arbeitsmarktprogramm OPRA. Und dann das Unvermeidliche. Markus wurde ausgesteuert. «Klar, da brach zuerst einmal eine Welt zusammen.»

Ein Leben am Existenzminimum

Markus meldete sich beim Sozialamt an. Fortan erhielt er nur noch den Grundbedarf. Er hatte nicht einmal mehr genügend Geld, um seine Eltern, beide zu diesem Zeitpunkt über 90 Jahre alt, in Bern zu besuchen. «Das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, ist eine Sache. Man wird träge, weil man keine Aussichten mehr hat. Die andere Sache ist das Finanzielle. Es fehlt einfach an jeder Ecke.» In diesem Februar ist Markus mit 63 Jahren in Frühpension gegangen. Pro Monat erhält er nun rund 300 Franken mehr. In Kürze wird ihm die Pensionskasse ausbezahlt. «Klar, das ist eine kleine Erleichterung. Doch in den vergangenen Jahren konnte ich nichts mehr in die Pensionskasse einbezahlen. Das rächt sich jetzt.» Seine AHV-Beiträge muss er übrigens bis zum Erreichen des 65. Lebensjahres noch weiter einzahlen. In den vergangenen Jahren hat Markus einige Tiefpunkte erlebt. Trotzdem gab er sich selbst nicht auf. Seiner Meinung nach fehle es heute an guten Politikern, die auf den Tisch hauen. Bestes Beispiel für ihn sind die im Nationalart beschlossenen Kürzungen der Ergänzungsleistungen. ■

**Name der Redaktion bekannt*

Es braucht subito klare Spielregeln für die Arbeitnehmer:

Endlich ist die Lonza wieder gut unterwegs!

Visp | Die Lonza ist für das Oberwallis extrem wichtig. Die Fabrik in Visp ist die Jobmaschine in der Region. Allein in diesem Jahr sollen 200 neue Stellen geschaffen werden.

German Eyer

Das Management macht einen guten Job. Und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erst recht. Ohne sie bewegt sich nichts. Die Lonza setzt auf Biotech-Produktion. Sie will ihr in den letzten Jahren vorab in Visp erworbenes Produktions-Knowhow weltweit vermarkten. Und dafür in Visp mehr als eine Milliarde investieren. Deshalb werden schrittweise fünf gigantische Maya-Pyramiden errichtet. Sie befinden sich im Bau. Mit der Biotech-Produktion liegt die Lonza ganz offensichtlich auf der richtigen Seite. Hier stehen die Ampeln wirtschaftlich auf grün. Weil wir alle irgendwo Angst haben vor Krankheiten und Tod. Je älter wir werden, desto mehr. Deshalb hoffen wir auf Pillen und Spritzen, die das Alter lebenswerter machen und es gleichzeitig verlängern.

IBEX, der Steinbock kommt

Das neue Produktionskonzept in der Lonza heisst Ibex. Ibex steht für den Steinbock, der sich nach einer illegalen Wiederansiedlung im Alpenraum hervorragend integriert hat. Anpassungsfähig, gewandt, trittsicher, Wind und Wetter trotzend. Das Ziel des Lonza-Produktionskonzepts Ibex: Von Dritten entwickelte Pharma-Produkte kommen zwei Jahre schneller auf den Markt als bisher. Dafür stellt die Lonza fünf Produktionshallen auf dem Fabrikgelände zur Verfügung. Das Personal und die Infrastruktur werden an die Kunden vermietet. Das Angebot richtet sich an findige Köpfe aus der Biotech- und Biopharmabranche und an bestehende Firmen.

Die Auswirkungen auf die Arbeit und unsere Forderungen

Das neue Produktionssystem wird die Arbeitswelt in der Lonza grundlegend verändern. Darum braucht es klare Regeln und Massnahmen im Interesse der Arbeitenden. ■

Eine erste Auslegeordnung in den fünf Kästen rechts.

Das neue Modell verlangt Flexibilität von den Mitarbeitenden. Immer und überall einsatzbereit in sich wechselnden Betrieben. Damit die Flexibilität nicht aus dem Ufer läuft, braucht es klare und verbindliche Arbeitszeitregelungen. Die Ruhezeiten müssen garantiert sein. Und die Mitarbeitenden müssen bei der Arbeitsorganisation mitreden können.

Von den Mitarbeitenden wird verlangt, dass sie wechselnde Tätigkeiten mit unterschiedlichen Anforderungen und Fähigkeiten ausüben. Dafür braucht es ein souveränes Weiterbildungsangebot. Der Weiterbildungsbedarf muss ständig ausgewertet werden. Die Mitarbeitenden haben das Recht auf bezahlte, kontinuierliche Weiterbildungen während der Arbeitszeit.

Die flexible Beschäftigungsstruktur braucht Teams, die an befristeten Projekten arbeiten. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Arbeitsverhältnisse nicht mehr klar geregelt sind. Darum muss der Geltungsbereich des Kollektivarbeitsvertrags ausgeweitet und klar definiert werden. Die Temporärarbeit birgt die Gefahr von Wildwest in den Betrieben.

Flexible Arbeitsmodelle führen zu instabilen Arbeitsverhältnissen. Die Gefahr dabei: unsichere Existenz, mangelnde soziale Absicherung und drohende Altersarbeitslosigkeit. Darum muss das Recht auf Arbeit garantiert werden. Alle Formen der Beschäftigung müssen von den Sozialversicherungen abgedeckt werden. Und der Schutz von älteren Arbeitnehmenden muss verstärkt werden.

Die digitale Arbeitswelt führt zur kompletten Erfassung der Tätigkeiten der gläsernen Arbeitenden. Darum muss garantiert werden, dass persönliche Daten nur mit der Zustimmung des Arbeitnehmers verwendet werden dürfen. Die Erfassung von physiologischen Daten muss verboten werden. Den Arbeitnehmenden muss garantiert werden, dass sie jederzeit die Zugriffsrechte auf ihre persönlichen Daten haben.

Die Rote Anneliese enthüllte den Quecksilberskandal schon vor 38 Jahren

Die Rote Anneliese deckte schon in ihrer Ausgabe vom 28. November 1980 den Quecksilberskandal auf. Der Titel zur Enthüllungsgeschichte: Schweigen ist Quecksilber. Die Rote Anneliese stützte sich dabei auf einen Bericht der Genfersee Kommission. Sie kam zum Schluss, dass der Visper Chemie-Konzern Lonza beinahe pures Quecksilber in den Turtigkanal leitet. Deshalb gilt heute nicht: nix gesehen, nix gehört und nix gesagt. ■

Ausschnitt der Roten Anneliese Nr. 47 vom 28. November 1980.

Es geht auch anders:

Gebrauchte Hardware – ökologisch und sozial sinnvoll

Gamsen | Im Interview erzählt Lukas Steimer über das zweite Leben von Geräten nach Ablauf der Garantie und wie er in seinem Geschäft den sozialen und umweltfreundlichen Aspekt integriert.

Silvia Eyer

Für Lukas Steimer war der Umweltgedanke zunächst nur ein netter Nebeneffekt. Später wurde er zur Überzeugung und zum Antrieb.

Lukas Steimer betreibt in Gamsen ein Fachgeschäft mit Onlineversand für gebrauchte Rechner und Smartphones unter dem Namen budgetcomputer.ch. Zum grössten Teil bezieht er die Hardware aus Restposten oder von Unternehmen, die aufgrund der Schnelllebigkeit der IT-Branche ihre Geräte regelmässig durch neue ersetzen. Die ausgemusterten Computer sind aber keineswegs reif für den Müll. Vor allem für den privaten Gebrauch eignen sie sich bestens. Dem Umweltgedanken schreibt Lukas dabei eine grosse Rolle zu. Und in seinem Betrieb kommt auch der soziale Part nicht zu kurz.

Lukas Steimer, du hast vor 14 Jahren dein Geschäft für gebrauchte Hardware gegründet. Wie bist du darauf gekommen?

Das war eigentlich eher Zufall. Technikaffin war ich schon immer. Aber um Informatik zu studieren, dafür hat es leider nicht gereicht (lacht). Über diverse Umwege kam ich auf die Idee, gebrauchte Computer zu verkaufen. Zuerst war es ein reiner Onlineversandhandel. Die Geräte stapelten sich bei mir Zuhause in der Waschküche und im Schlafzimmer. Verpackt wurden die Bestellungen dann auf dem Küchentisch. 2008 mietete ich die ersten Räumlichkeiten in Naters an. Der Hauptvorteil meines Geschäftsmodells war zu Beginn der tiefere Preis gegenüber der Neuware. Der Umweltgedanke war am Anfang ein netter Nebeneffekt und wurde später zu Überzeugung und zum Antrieb.

Sicher stimmt es, dass die Produktion von neuen Geräten viel Energie frisst. Hingegen verbrauchen die neusten Geräte in ihrem Betrieb auch weniger Strom. Gleicht sich das nicht aus?

Ich denke, das hängt sehr stark vom Nutzerverhalten ab. Generell ist es so, dass die Unterschiede beim Energieverbrauch zwischen den Gerätegenerationen nur minim sind. In einem Betrieb, in dem dutzende Computer acht Stunden am Tag laufen, wird sich ein neuer PC mit niedrigerem Energieverbrauch auf der Stromrechnung bemerkbar machen. Wenn ich einen ausgemusterten Computer aus einem Unternehmen an einen Privathaushalt verkaufe, befindet er sich dort üblicherweise nicht im Dauereinsatz. Und wenn wir noch die eingesparten Ressourcen bei der Produktion, das Vermeiden von Elektroschrott und das Wegfallen der Transportwege von China nach Europa einrechnen, dann spricht aus Umweltsicht vieles für gebrauchte Hardware.

> «Aus Umweltsicht spricht vieles für gebrauchte Hardware»

Hartnäckig hält sich das Gerücht der geplanten Obsoleszenz, dem Tod der Geräte nach Ablauf der Garantie. Einen Beweis dafür gibt es bisher jedoch nicht. Hast du dazu in deinem Betrieb Erfahrungen gemacht?

Ich habe das vor allem bei Druckern beobachtet. Ist eine bestimmte Anzahl gedruckter Seiten erreicht, übersteigt das Ersetzen von Verbrauchsmaterialien den Neupreis eines Druckers. Das ist auch der Grund, warum ich seit Jahren generell keine Drucker mehr verkaufe. Bei Notebooks und Computern muss man zwischen Businessgeräten und Verbrauchergeräten unterscheiden. Meine Geräte stammen fast ausschliesslich aus Unternehmungen mit Hardware aus der oberen Preisklasse. Die gehen meist nach zehn Jahren noch und sind veraltet, bevor sie kaputt gehen. Das auch deshalb, weil bei hochpreisigen Geräten die relevanten Teile leicht zugänglich sind und somit bei einem Defekt günstig ersetzt werden können. Bei Geräten aus dem Niedrigpreissektor ist es oft so, dass die Gehäuse verleimt und die Komponenten fix aufgelötet sind. Eine Reparatur ist also bei diesen Geräten nicht mehr lohnenswert.

Der Gedanke an die Umwelt ist in deinem Geschäft allgegenwärtig. In welchen andern Bereichen achtest du ebenfalls auf eine grüne Betriebsführung?

Neben dem Aspekt, der den Verkauf von gebrauchten Computern mit sich bringt, achte ich in Sachen Umweltengagement vor allem darauf, Verpackungsmaterial wieder zu verwenden. Ich sende jährlich über 2'500 Pakete in die ganze Schweiz. Über 90 Prozent der Kartons und des Füllmaterials ist gebraucht. Ich sammle also bei benachbarten Betrieben dieses Leergut zur Wiederverwendung ein. Das vermeidet eine enorme Menge an Abfall.

Neben der Umweltfreundlichkeit ist dir auch der soziale Gedanke wichtig. Wie zeigt sich das in deinem Betrieb?

Generell erhalten Hilfsorganisationen und soziale Projekte bei mir Sonderkonditionen. Der Bedarf und der Verwendungszweck müssen dabei aber nachvollziehbar dargelegt werden. Ich biete zudem Praktikumsplätze für Menschen mit einer Invalidenrente oder einer Suchtproblematik als auch für Flüchtlinge oder Langzeitarbeitslose an. Dies zum Zweck der sozialen Wiedereingliederung oder für den Erhalt einer geregelten Tagesstruktur während der Zeit von Abklärungen.

Böse Zungen würden jetzt behaupten, das sind billige Arbeitskräfte. Was hältst du dem entgegen?

Meine Praktikanten erhalten nur einen symbolischen Lohn. Dass ich davon auch profitiere, daraus mache ich kein Geheimnis. Es ist jedoch so, dass diese Aufgabe eine intensive Betreuung und Einarbeitung mit sich bringt. Hinzu kommt, dass die Praktikanten aufgrund ihrer Lebensumstände oft nicht zu hundert Prozent einsetzbar sind. Die Betreuung geht oft auch über das Berufliche hinaus – eine Aufgabe, die nicht jeder Betrieb auf sich nehmen kann oder will. Obwohl es Ausnahmen gibt, ist diese Aufgabe meist von Erfolgserlebnissen geprägt. Zahlreiche Praktikanten sind wieder regulär im Berufsleben eingegliedert, wovon auch die Gesellschaft massgebend profitiert. ■

Important pour les régions périphériques :

Service public comme liant social

L'actualité récente a replacé sur le devant de la scène politique une thématique fondamentale de notre démocratie : la question du service public. En effet, cela fait de nombreuses années que nous n'observons que des coupes au sein de ce dernier – à croire que tout le monde y voit une bureaucratie lourde et inefficace, loin des réalités de l'économie. La gauche, que nous représentons et dont nous portons les valeurs, en tant que socialistes, a pour habitude de se révolter contre cet état de faits, là où la droite voit d'un bon œil une réduction de la voilure de ce monstre étatique tant craint.

Il suffit de prendre en compte les derniers débats au Parlement autour de La Poste ou des CFF pour se rendre compte que la politique n'est pas au développement du service public en Suisse. Les annonces diverses ne cessent de tomber, mais il suffit de regarder en juin dernier pour y lire la volonté de La Poste d'exploiter, à terme, entre 800 et 900 offices postaux à travers toute la Suisse. Ceux-ci étaient pourtant près de 3400 en 2000. Les CFF quant à eux ont annoncé la fermeture de plusieurs guichets de gare, notamment en Valais (saluons ici l'action menée par l'Union Syndicale Valaisanne à Saint-Maurice).

Il est évident que les besoins de la population évoluent : moins de lettres, plus de colis commerciaux, davantage de personnes prenant leurs billets à la machine ou directement sur leur téléphone, etc. Mais la problématique soulevée par ces fermetures est loin d'être une réponse à cette évolution : les bénéfices de ces entreprises ne cessent de croitre, mais cet argent n'est que très peu réinvesti pour développer ces services et répondre aux nouveaux modes de vie des Suissesses et des Suisses. Au contraire, ces coupes dans les prestations répondent à une logique de rendement pur, à la volonté d'accroitre les bénéfices, et non plus d'amener un vrai service à la population.

Clément Borgeaud ist der Vize-Zentralsekretär der JUSO Schweiz und hat Linguistik und Geschichte studiert.

L'affaire CarPostal montre bien tout le paradoxe de cette situation : les transferts opérés (pour près de 80 millions de francs) ont été effectué non pas en visant un enrichissement personnel des personnes impliquées, mais bien pour répondre à des logiques de rentabilité et de profit qui ne devraient pas primer sur le mandat de service public octroyé à une telle entreprise.

> «Le service public, c'est le cœur de la cohésion nationale»

La récente campagne autour de la redevance Billag a pourtant mis sur le devant de la scène toute l'étendue du mandat de prestations qu'un service public tel que la SSR apportait à la Suisse. Celle-ci est ainsi tenue de retransmettre l'actualité tant nationale que régionale – et donc a mission de tenir au courant la population des décisions prises la concernant. Elle doit également assurer une diffusion pour toutes les régions linguistiques, sans discrimination (et nous pouvons dès lors aussi mentionner le service offert aux malentendants et aux malvoyants). Le soutien à notre culture, à notre sport (dont nous bénéficions d'une des meilleures offres européennes) sont également des fers de lance de la politique de la SSR, qu'elle se doit d'appliquer : elle a un contrat avec la Confédération.

Le service public est ainsi un ensemble de prestations offertes à toute la population, à travers toute la Suisse. Qu'on soit à Brig ou à Zurich, nous retrouvons (pour l'instant !) les mêmes offices de poste, les mêmes guichets de gare CFF, les mêmes émissions de télé. Cela participe discrètement, mais de manière conséquente, à l'égalité et à l'unité dans notre pays. En effet, que l'on envoie une lettre d'un quartier de Genève à un autre ou de Visperterminen à Bümpliz, le traitement en est le même, et les frais identiques.

Une conseillère nationale socialiste parlait même en ce sens d'un élément d'identité nationale : nous avons notre Poste, jaune, reconnaissable, dont nous profitons toutes et tous.

Aller contre le service public, c'est aller contre cette identité, cette égalité, cette solidarité qui sont pourtant le cœur de la cohésion nationale. Lorsque les chantres de la droite bourgeoise ne cessent de ressasser les avantages d'un paiement à la carte, de ne payer « que ce que l'on consomme », ils oublient la dure réalité inégalitaire qui se cache derrière cela. Quand La Poste décide de fermer des offices, elle coupe une partie de la population de l'accès à ce service.

Si les grandes villes bénéficient de réseaux de transports publics généralement efficaces et développés ainsi que d'une densité de population « suffisante » pour conserver le maximum de prestations, les régions périphériques telles que le Valais risquent bien d'être les premières touchées par un désintérêt du service public – dans cette même et éternelle logique de rentabilité. Ce fleuron de notre identité, de notre cohésion nationale, doit continuer à être perçu comme tel et être promu de la sorte. Car la solidarité si chère à notre mouvance politique s'y réalise dans les plus belles formes : celles qui offrent à tout un chacun un service de qualité, indépendamment de la région où il habite ou de la langue qu'il parle. Nous devrons rester attentifs à ce que le Valais continue de se développer en ce sens – nous en avons particulièrement besoin ! ■

Der Kanton Wallis ist zu passiv:

Wasserzins am Kippen?

Wallis | Der Kampf um die Höhe der Wasserzinsen kommt demnächst ins Bundesparlament. Und es wird wieder spannend: Im letzten November gab Doris Leuthard ihr Ansinnen auf, die Wasserzinsen von 110 auf 80 Franken/kWb zu senken. Wer meint, dass das der grosse Sieg über die Strombarone sei, hat sich böse geirrt. **Gilbert Truffer**

Die Strombarone haben mit Economiesuisse und dem Gewerbeverband zusammengespannt. Im Gewerbeverband amtet der CVP-Ständerat Jean-René Fournier als Vizepräsident, hat dort aber offensichtlich keinen Einfluss. Aber auch die aee-suisse (Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz) und das Schweizerische Konsumentenforum machen in der sogenannten Allianz für den Wasserzinsabbau mit. Zusammen verlangen sie (wieder) eine Reduktion des Wasserzins-Maximums auf 80 Franken/kWb. Demnächst wird der Bundesrat seine Botschaft ans Parlament übermitteln. Die Frage stellt sich: Bleibt Doris Leuthard hart und weigert sie sich, den Wasserzins zu senken? Oder kippt sie unter dem Druck der Allianz um und schlägt sie in der Botschaft eine Wasserzins-Kürzung vor? Die Botschaft mitsamt Vorlage werden dann vom National- und Ständerat in Bern beraten.

Passiver Kanton

Der Kanton Wallis und sein Energieminister machen keine gute Falle. Sie sind zu passiv. Im letzten Sommer sagte Roberto Schmidt in der Lokalpresse, dass der Wasserzins nicht zu halten sei. Er rühmte sich, dass der Wasserzins nur auf 80 Franken und nicht auf 50 Franken herabgesetzt werde. Und jetzt, wo doch neue Attacken auf den Wasserzins am Laufen sind, ist Schmidt auf Tauchstation. Man hört von ihm zumindest nichts. Das Thema muss in der Mai-Session im Grossen Rat wieder aufs Tapet. Damit Schmidt Klartext sprechen muss.

Und die Konzessionsgemeinden?

In Graubünden regte sich im letzten Frühsommer unter der Regie des Präsidenten der Bündner Konzessionsgemeinden Carl Not der Widerstand. Die Wasserkraftgemeinden im Wallis schliefen fest. Carl Not wurde von uns ins Wallis gerufen und dieser rüttelte dann die Oberwalliser auf. An der Sitzung in Visp wurde Christoph Bürgin als Vizepräsident des kantonalen Verbandes der Wassergemeinden von verschiedenen Gemeindepräsidenten hart angegangen. Aber immerhin kratzte der Walliser Verband damals noch knapp die Kurve und sträubte sich gegen die Wasserzinssenkung. Jetzt ist der Verband wieder in Lethargie verfallen, obwohl der neue Angriff auf die Wasserzinsen längst lanciert ist. In der Oberwalliser Tageszeitung kündigt er Aktionen an. Konkretes ist weit und breit nicht in Sicht.

> «Wer zahlt wo keine Wasserzinsen?»

Wie läuft es im Bundesparlament?

Wenn der Bundesrat selber eine Kürzung vorschlägt, wird es schwierig werden. Alle in der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) vereinten Bergkantone haben im National- und Ständerat zusammen weniger ParlamentarierInnen als der Kanton Zürich alleine. Es braucht somit kluge Allianzen und vermutlich auch Gegengeschäfte. Wenn die SP, die Grünen, die CVP sowie die Vertreter von SVP und FDP aus dem Berggebiet richtig stimmen, kann es knapp klappen. Aber die Walliser C-Staatsräte und vorab Christophe Darbellay sollten aufhören, die ParlamentarierInnen aus dem linken und SVP-Lager zu beschimpfen, wie sie das nach der angenommenen Olympia-Motion von Silva Semadeni taten.

Kommt das Referendum?

Kommt die Wasserzins-Senkung im eidgenössischen Parlament durch, kann das Gesetz mittels Referendum angefochten werden. Dafür braucht es 50'000 Unterschriften. Diese zu sammeln, wird nicht die grosse Schwierigkeit sein. Ob sich aber das Berggebiet in einer eidgenössischen Abstimmung gegen das Mittelland durchsetzen kann, steht auf einem anderen Blatt. Carl Not und seine Bündner Konzessionsgemeinden haben schon mal beschlossen, einen Prozentsatz des Wasserzinses für ein allfälliges Referendum auf die Seite zu legen. Carl hat die Walliser Konzessionsgemeinden eingeladen, ein Gleiches zu tun. Wäre nicht erstaunlich, wenn Christoph Bürgin und seine C-Kumpanen auch diesen Zug verpassen.

Alpiq als skandalöser Wasserzins-Verweigerer

Als Gerüchte bekannt wurden, dass gewisse Gesellschaften die Zahlung des Wasserzinses verweigern, stellte die SPO im Grossen Rat im letzten November mittels Interpellation konkrete Fragen. Wer zahlt wo keine Wasserzinsen? Die Antwort des Staatsrats steht noch aus. Offenbar sind alle bürgerlichen Staatsräte nur noch auf Olympia getrimmt und haben keine Zeit für die wichtigeren Fragen.

Kurt Marti, der ehemalige Redaktor der Roten Anneliese, deckte im Infosperber (www.infosperber.ch) auf, dass die Alpiq für das Kraftwerk Salanfe im Unterwallis keine Wasserzinsen mehr bezahlt. Alpiq bestätigt den Sachverhalt. Der aus der EOS und ATEL hervorgegangene Konzern bekämpft den kantonalen Anteil des Wasserzinses vor den Gerichten. Dabei geht es nicht um eine Steuer, sondern um den Wasserzins und somit um das Entgelt für den Rohstoff Wasserkraft. Es ist schon erstaunlich, dass die Walliser Medien diese Geschichte nicht aufgreifen. Alpiq soll ja nach dem Heimfall-Konzept von Staatsrat Cina ein wichtiger Partner der Wasserkraftgemeinden werden. Und genau dieser Partner verweigert dem Kanton geschuldete Wasserzinsen. Das ist unerträglich und ein ausgemachter Skandal! ■

100 Jahre Generalstreik:

Auch ein Kampf für Frauenrechte

Schweiz | Am 11. November 1918 rief das Oltener Aktionskomitee den Generalstreik aus. Das Frauenstimmrecht figurierte auf dem prominenten zweiten Platz der Liste von neun Forderungen. Schon im Vorfeld des Streiks standen Frauen an der Spitze von «Hungerdemonstrationen», verlangten Preiskontrollen und die Sicherung der Lebensmittelversorgung. Im Wallis war davon wenig zu spüren. Elisabeth Joris

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs am 9. November 1918 ging auch das Kaiserreich in Österreich und Deutschland zu Ende. Der Einführung des Frauenstimmrechts stand in den neuen Republiken nichts mehr im Wege. Statt die demokratische Morgendämmerung zu begrüssen, organisierte der Bundesrat zur «Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung» in mehreren Städten den Einsatz des Militärs, der sich primär gegen unzufriedene Arbeiterinnen und Arbeiter richtete. Darauf reagierte das Oltener Aktionskomitee (OAK), die nationale Streikleitung von Gewerkschaftsbund und Sozialdemokratischer Partei, mit dem Aufruf zum 24-stündigen Proteststreik, der sich zum unbefristeten Generalstreik ausdehnte. Gegen die Streikenden wurden auch Truppen aus dem Wallis aufgeboten, u. a. das Oberwalliser Bat. 89.

AHV und Frauenstimmrecht

Weil zeitgleich in vielen Städten der Jahrestag der Russischen Revolution vom November 1917 gefeiert wurde, legitimierten der Bundesrat und die Armee den Einsatz mit dem Argument, das OAK bereite mit dem Generalstreik den revolutionären Umsturz vor. Doch die neun Forderungen waren alles andere als revolutionär, sondern fortschrittliche Reformvorschläge: Dazu gehörten neben dem Frauenstimmrecht u. a. die Wahl des Nationalrats nach Proporz, die AHV, die 48-Stunden-Woche, die Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten. Gerade letztere Forderung wäre auch für die Familienbetriebe, die gerade in diesem Kanton viele Frauen beschäftigten, von Interesse gewesen.

Öffentliche Reaktionen von Frauen auf den Streikaufruf scheint es im Oberwallis nicht gegeben zu haben. Fast nur die Dynamitfabrik in Gamsen beschäftigte Arbeiterinnen, die vorwiegend Sprengstoffpatronen in Pakete verstauten. Inwiefern Ehefrauen der streikenden Bähnler den Streik unterstützten, ist nicht bekannt. Sicher ist, dass auch im Wallis Familien von Arbeitern und Angestellten, die nicht über Verwandte stark in der Landwirtschaft verankert waren, unter der galoppierenden Verteuerung der Lebensmittel litten. Wer allerdings nicht nur für die Selbstversorgung produzierte, wusste auch im Wallis von den steigenden Milch- und Kartoffelpreisen zu profitieren. Das Geld floss aber kaum in die Taschen von Frauen.

Lebensmittelforderungen von Biel bis Chippis

Die Versorgung der Bevölkerung der grösseren Städte und Industriezentren verschärfte sich im Laufe des Krieges zunehmend. Mit Demonstrationen, Selbstbedienung auf den Gemüsemärkten, Forderungen nach Preiskontrollen und Rationierungen prangerten in verschiedensten Städten – von Biel über Basel und Zürich bis Bern – Vertreterinnen der Arbeiterinnen den grassierenden Hunger an. Sie spürten den Mangel in den Kochtöpfen.

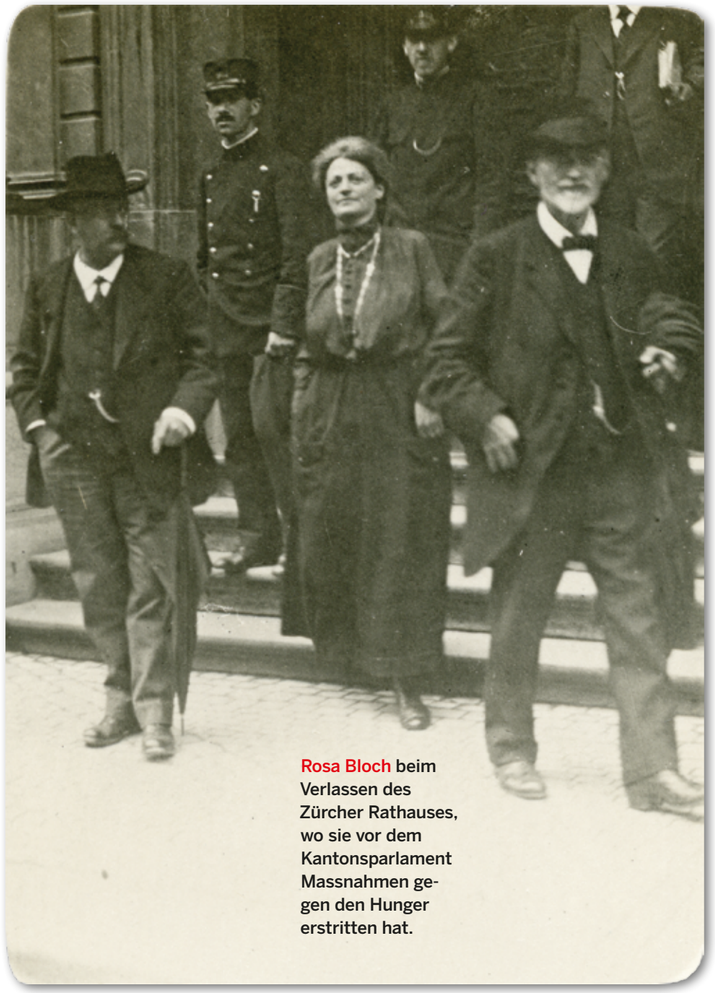
Am meisten Aufsehen erregte im Sommer 1918 die «rote Rosa». Als Präsidentin der sozialistischen Frauenagitationskommission war Rosa Bloch bis im Frühling als einzige Frau Mitglied des OAK gewesen. Im Sommer 1918 führte sie in Zürich eine Hungerdemonstration von mehreren Tausend Personen an und zwang den Kantonsrat in die Knie. Mit solch spektakulären Aktionen gelang es den Sozialistinnen, dass Frauen auf regionaler bis eidgenössischer Ebene in die Notstandskommissionen Einsitz nehmen konnten.

Auch in Chippis sollen laut Walliser Boten «Sozis» unter Androhung von Gewalt die Gemeindebehörden aufgefordert haben, Lebensmittel an die Armen abzutreten. Ob wie andernorts wohl auch Frauen an diesem Aufruf beteiligt gewesen waren? Der WB seinerseits zeigte nur wenig Anteil am Los der Bedürftigen, sondern sprach vor allem von der Gewaltbereitschaft der Genossen: «Es ist gut, dass sich diese Sorte Leute entpuppen, das wird manchem die Augen öffnen.» Der damit heraufbeschworene revolutionäre Umsturz diente auch in anderen Notsituationen als Argument, um gegen die Streikenden zu polemisieren.

Frauen pflegen Grippekranke

Seit dem Sommer 1918 waren Zehntausende der Spanischen Grippe zum Opfer gefallen. Auch im Wallis hatte fast jede Familie den Verlust von Angehörigen zu beklagen. Mit dem Truppenaufgebot gegen die Streikenden nahm die Zahl der Opfer der Seuche wieder zu. Statt nun die Armee für das neue Aufflammen der Grippe verantwortlich zu machen – weltweit galt als Prävention das Gebot, keine Massenansammlungen zu organisieren – hetzten die Zeitungen gegen die Streikenden. Sie seien schuld am Tod und dem Erkranken von Soldaten. «Auch vom Bat. 89 sind zehn Mann erkrankt, gottlob keiner schwer. Welche Verantwortung für die Oltener Afterregierung!», hiess es im Walliser Boten.

In den grösseren Gemeinden wurden Hilfskomitees zur Unterstützung der Erkrankten organisiert. Den Komitees gehörten in der Regel auch Frauen aus den führenden politischen Familien an: so Maria von Roten-Feigenwinter in Raron, Adele Mengis in Visp, Katharina Seiler in Brig. Als Pflegepersonal stellte das Kloster St. Ursula sofort 16 Schwestern zur Verfügung, ebenso waren Baldegger Schwestern vom Kreisspital Brig im Einsatz. Zwar waren es wohl vor allem Frauen, die konkrete Hilfs- und Pflegearbeit leisteten, das Sagen hatten aber durchwegs nur Männer.



Rosa Bloch beim Verlassen des Zürcher Rathauses, wo sie vor dem Kantonsparlament Massnahmen gegen den Hunger erstritten hat.

Breitseite gegen das Frauenstimmrecht

Wie Helden und Retter des Vaterlandes wurden die Walliser Truppen bei der Rückkehr von ihrem Einsatz gegen die Streikenden empfangen: mit Te Deum, Glockengeläute, Kanonendonner, Blechmusik und Blumenregen. Es werden wohl Frauen gewesen sein, die Blumen auf die Soldaten warfen, explizit erwähnt wird es nirgends. Umso deutlicher war die Breitseite gegen das Frauenstimmrecht, die zweite Forderung des Generalstreiks. Das Parlament debattierte darüber, zwei Motionen wurden eingereicht und der Bundesrat von der Präsidentin des Schweizerischen Verbands für Frauenstimmrecht eindringlich gebeten, diese Forderung umgehend umzusetzen. Vergeblich. Anfang Dezember reagierte auch der WB mit einem grossen Artikel auf der Frontseite auf diese Forderung.

Mit Rekurs auf Paulus begründet der Autor die Untertänigkeit der Frauen, das Verhältnis sei auch in der Natur begründet, da dem Mann die Stelle des «Schützers und Führers in der Familie wie im Staate» zukomme. Das scharfsinnige Fazit des Schreibers: «Die absolute Gleichberechtigung von Mann und Frau, die unbeschränkte Frauenemanzipation verstösst also sowohl gegen das Naturgesetz als gegen die positive gottgewollte Anordnung und wird darum mit Recht ebenso vom Christentum als von der gesunden Vernunft zurückgewiesen.» Die Vernunft sollte nicht den konservativen Politikern und Schreibern als vielmehr den Streikenden Recht geben – allerdings erst Jahrzehnte später. ■

Frauennetzwerk Oberwallis:

Mehr Frauen in Politik und Wirtschaft

Oberwallis | Im Walliser Grossen Rat beträgt der Frauenanteil nicht mal 20 Prozent. Ein absolutes Unding. Deshalb hat das Frauennetzwerk Oberwallis eine Intervention gestartet. Silvia Eyer

Obwohl in der Verfassung verankert, gibt es in der Schweiz noch immer Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau bei gleichwertiger Arbeit. Das ist ein Punkt, auf den das Frauennetzwerk Oberwallis aufmerksam machen will. Zugleich ist das Thema «Lohngleichheit. Punkt. Schluss!» auch der Aufhänger am diesjährigen Tag der Arbeit des Schweizer Gewerkschaftsbundes.

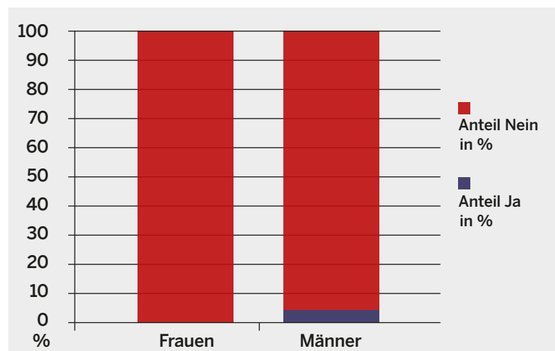
Wunsch und Realität

Am internationalen Tag der Frau dieses Jahr führte das Frauennetzwerk Oberwallis eine Umfrage in Brig und Visp durch, an der 143 Personen teilnahmen. Diese zeigte die Unterschiede zwischen Wunsch und Realität. So wünscht sich die Mehrheit der Befragten einen ausgewogenen Frauenanteil von fünfzig Prozent in der Walliser Politik und Wirtschaft. Dass der Walliser Grosse Rat nur einen 20 Prozent Frauenanteil aufweist, zeigt den Handlungsbedarf in dieser Angelegenheit. Das Wallis bildet übrigens im nationalen Vergleich von Frauen im Parlament das Schlusslicht. Und auch bei Frauen in Führungspositionen in der Walliser Wirtschaft sieht es nicht anders aus. Mit der Rubrik «Oberwalliser Männerstuben» weist die Rote Anneliese in jeder Ausgabe auf diese Problematik hin.

Lohngleichheit für Frauen

In der Umfrage des Frauennetzwerkes Oberwallis wird es unter anderem interessant bei der Frage: «Finden Sie es gerecht, dass Frauen durchschnittlich 20 Prozent weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen?» Man sollte doch meinen, dass bei dieser Frage alle Befragten mit Nein antworten. Doch dem war nicht so, wie der untenstehenden Grafik zu entnehmen. Tatsächlich gab es bei der Umfrage Männer, die diese Frage mit Ja beantworteten. Was soll man dazu noch sagen? Gut greift der Tag der Arbeit in diesem Jahr genau dieses Thema auf. ■

Finden Sie ca. 20 Prozent weniger Lohn für Frauen gerecht?



Tatsächlich: Es gab Männer, die diese Frage an der Umfrageaktion des Frauennetzwerks Oberwallis mit Ja beantworteten.

Befangenheit und Interessenskonflikt:

Rinaldo Arnold in den Ausstand!

Brig-Glis | Rinaldo Arnold leitet die Untersuchung über den Wahlbetrug, in den auch die Gemeinde Brig-Glis verwickelt ist. Im gleichen Atemzug tritt er dieser als Bittsteller für die Finanzierung von Giannis Game im vergangenen Sommer gegenüber. RA

Rinaldo Arnold, Oberstaatsanwalt.

Die Situation ist folgende: Neben seiner Arbeit als Oberstaatsanwalt ist Rinaldo Arnold auch Präsident des FC Brig-Glis. In dieser Funktion hat er mitgeholfen, Giannis Game im vergangenen Sommer zu organisieren. Wir erinnern uns: Zu Ehren von Gianni Infantino und seinem neuen Amt als Fifa-Präsident marschierte gleich eine ganze Kolonne von ehemaligen Fussballstars in Brig auf. Das alles kostet natürlich eine Stange Geld. Die Gemeinde Brig-Glis sollte sich daran beteiligen. Obwohl nie ein konkretes Budget aufgestellt wurde, war die Rede zwischen Rinaldo Arnold und der Gemeinde von einem Betrag in der Höhe von rund 20'000 Franken. Nun aber erhielt die Gemeinde eine Rechnung von Rinaldo Arnold von sage und schreibe 50'000 Franken. Darin enthalten sind 15'000 Franken an Eigenleistungen des FC Brig-Glis.

Eine teure Flasche Whisky?

Ganz so einfach will das die Gemeinde Brig-Glis aber nicht auf sich sitzen lassen. Der Gemeinderat hat sich entschieden 35'000 Franken locker zu machen. «Der Rat hat entschieden, die Kosten des Empfangs von Gianni Infantino von netto 35'425 Franken über das ordentliche Budget 2018 der Sportkommission zu übernehmen, wie das bei anderen Sportereignissen und – ehrungen auch schon der Fall war. Die Finanzierung des Empfangs ist damit für die Gemeinde kostenneutral. Auf eine Entschädigung der Eigenleistungen des FC Brig-Glis wird verzichtet», erklärt Eduard Brogli, Stadtschreiber der Gemeinde Brig-Glis. Doch damit wird der Betrag einfach über einen anderen Posten abgebucht. Denn die Sportkommission wird auch von der Gemeinde finanziert. Das viel grössere Problem ist aber: Rinaldo Arnold leitet gleichzeitig als Oberstaatsanwalt die Ermittlungen über den Wahlbetrug 2017. Deshalb müsste Rinaldo Arnold als Oberstaatsanwalt im Fall des Wahlbetrugs in den Ausstand treten. Denn laut Schweizer Gesetzgebung reicht bereits der Anschein der Befangenheit beziehungsweise eines Interessenkonflikts als Ausstandsgrund. Und das ist hier klar der Fall. Nun bleibt noch zu klären, wieso die Rechnung für die Gemeinde Brig-Glis plötzlich so hoch ausgefallen ist. Da kann man nur Vermutungen anstellen. Vielleicht war es ja die Flasche Whisky, die sich Diego Maradona mitten in der Nacht von Clemens Gemmet in sein Hotelzimmer bringen liess, welche die Rechnung so in die Höhe getrieben hat.

Probleme reissen nicht ab

Der Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold ist in vielen weiteren Beziehungen ein echter Problembär. Juristisch, sportrechtlich und politisch. Erstens: Jeder Fussball-Präsident weiss, bevor ein Spieler für einen Klub auflaufen darf, muss er lizenziert werden. Anders Rinaldo Arnold: Der vergisst schon mal den einen oder anderen Spieler anzumelden. Zweitens: Die Justiz muss mit Augenmass handeln. In den meisten Kantonen lässt man kleine Hascher und Gelegenheitsdealer in Ruhe. Weil sie niemanden schädigen. Und Repression mehr Schaden anrichtet, als dass sie nützt. Anders Rinaldo Arnold: Er beschäftigt die Polizei auf Kosten der Steuerzahlen mit unnötigen Verfahren. Und drittens: Regelmässig greift Rinaldo Arnold zu Zeugenaufrufen. Das ist nicht falsch. Doch im Fall des SVP-Wahlfälschers hat er genau das nicht getan.

Alle Alarmglocken läuten

Im Gegensatz zu den Gemeinden Visp und Naters versuchte die Gemeinde Brig-Glis die Wahlfälschung zu vertuschen. Die Polizei leistete ausgezeichnete Arbeit und entlarvte den SVP-Täter. Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold seinerseits weigert sich nicht nur einen Zeugenaufruf zu erlassen, sondern auch gegen die Gemeinde Brig-Glis zu ermitteln. Inzwischen ist ja auch klar warum: Arnold will von der Gemeinde satte 50'000 Franken. Selbst bei einem juristischen Laien läuten hier alle Alarmglocken. Die Rote Anneliese wird diesen Beitrag an die Justizkommission weiterleiten. Damit diese endlich für Ordnung sorgt. ■

Die Unia Jugend hat die Idylle an Giannis Game ein wenig getrübt und mit einem Transparent auf die Missstände bei der FIFA aufmerksam gemacht. Nachdem sie für eine Minute deutlich Präsenz markieren konnte, kamen drei Sicherheitsangestellte panisch angestürmt und entrissen ihr das Transparent.

SP-Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten im Simplon Forum:

Wie krank ist unser Gesundheitssystem?

Naters | Im Simplon Forum klärte Esther Waeber-Kalbermatten über Fragen zum Gesundheitswesen in der Schweiz und insbesondere im Wallis auf. Wohin fliesst unser Geld? Und was erhalten wir dafür? Silvia Eyer

Dank der modernen Medizin ist das Durchschnittsalter der Menschen im vergangenen Jahrhundert massiv gestiegen. Die meisten chronischen Krankheiten nehmen erst nach Erreichen des vierzigsten Lebensjahres ihren Lauf. «Die Medizin in der Schweiz setzt in hohem Masse auf Prävention. Die Menschen fühlen sich bis ins hohe Alter vital und gesund. Die Krankheitsphase vor dem Tod ist oft nur kurz», erklärt Esther Waeber-Kalbermatten. Und das sei doch schön. In guter Gesundheit alt zu werden.

Wer ist für was zuständig?

Die Zuständigkeitsbereiche von Bund und Kanton im Gesundheitssystem sind klar definiert. So zeigt sich der Bund unter anderem für die obligatorische Krankenversicherung, die Ausbildung des medizinischen Personals oder die Forschung verantwortlich. Der Kanton und die Gemeinden sind zuständig für die Gesundheitsversorgung, die Langzeitpflege oder die Spitalplanung. Um die Kostenunterschiede von Kanton zu Kanton gering zu halten, gibt es seit 2012 ein neues Tarifsystem für akutsomatische Spitalleistungen. Darin wird die Vergütung der stationären Leistungen der Spitäler nach Fallpauschalen schweizweit einheitlich geregelt. Und das unabhängig von der individuellen Dauer des Spitalaufenthaltes. «Das stellt eine enorme Entwicklung in unserem Gesundheitssystem dar», erklärt Esther Waeber-Kalbermatten. Die Bezahlung teilt sich wie folgt auf: Bei den stationären Aufenthalten übernehmen die Krankenkassen 45 Prozent, der Rest wird durch die Kantone finanziert. Alle ambulanten Behandlungskosten zahlen die Kassen. Im europäischen Vergleich werden in der Schweiz übrigens um ein Vielfaches mehr stationäre als ambulante Leistungen erbracht.

Der Wettlauf der Spitäler

Derzeit investieren öffentliche Spitäler landesweit kräftig in Neu- oder Umbauten. So auch in Brig und Sitten. Daraus entwickelt sich eine eigenständige Dynamik. Es ist der Wettlauf um die modernste Ausstattung und somit um Patienten. Denn in der Schweiz gilt die freie Spitalwahl. Die Spitzenmedizin konzentriert sich vor allem auf die fünf grossen Universitätskliniken der Schweiz. Die Bevölkerungszahl im Wallis ist zu gering für ein hochspezialisiertes Angebot. Vor allem im Oberwallis lassen sich deshalb insgesamt 18 Prozent der Patienten ausserhalb der Kantonsgrenzen behandeln. Die Grundpauschale in der Höhe von 55 Prozent zahlt der Kanton trotzdem. Im Jahr 2015 machte dieser Kostenanteil über 48 Millionen Franken aus. Dieser Betrag geht dem Walliser Gesundheitswesen verloren. Investiert werden muss auch in den Personalbereich. Denn hier werden künftig Engpässe entstehen. Bis zum Jahr 2030 wird die Nachfrage nach Fachkräften um 36 Prozent ansteigen. Die Schweiz könnte ihren Personalbedarf im Gesundheitsbereich ohne ausländische Kräfte nicht decken. Im Wallis weist das Pflegepersonal in den Spitälern derzeit einen Ausländeranteil von 37 Prozent auf.

Das Wallis ist die Ausnahme

Seit 2011 gibt es schweizweit für Alters- und Pflegeheime ein einheitliches System. Der von den Krankenkassen und der öffentlichen Hand maximal zu übernehmende Betrag wurde festgelegt. An den Kosten beteiligen müssen sich laut Bundesgesetz auch die Patienten mit maximal zwanzig Prozent. Praktisch alle Kantone schöpfen diese Möglichkeit voll aus. Das Wallis bildet die grosse Ausnahme. Hier ist die Beteiligung an den Pflegekosten je nach Vermögen abgestuft. Bis zu einem Vermögen von 100'000 Franken müssen die Patienten fünf Prozent der Kosten selber tragen, bis zu 500'000 Franken zehn Prozent und ab einer halben Million Franken zwanzig Prozent. Und das bei einem Höchstwert von maximal 108 Franken am Tag. Von dem anfallenden Betrag für die öffentliche Hand übernimmt der Kanton 70 und die Gemeinden jeweils 30 Prozent. «Das ist ein sehr solidarisches System im Wallis. In anderen Kantonen zahlen nur die Gemeinden», erklärt Esther Waeber-Kalbermatten. Im Wallis gibt es derzeit 51 Alters- und Pflegeheime. Im Jahr 2016 verbuchte der Kanton Ausgaben für Alters- und Pflegeheime in der Höhe von 47 Millionen Franken sowie 24 Millionen Franken für sozialmedizinische Zentren.

Stetiger Anstieg der Prämien

Die durchschnittliche Monatsprämie für die obligatorische Krankenversicherung ist im Wallis in den letzten Jahren zwar auch angestiegen, ist jedoch immer noch unter dem Schweizer Mittelwert. Die Prämie für eine erwachsene Person beträgt im Wallis bei einer Franchise von 300 Franken im Durchschnitt 418 Franken. In der restlichen Schweiz im Durchschnitt 465 Franken. «Viele Menschen leiden unter den hohen Prämien. Deshalb befürworte ich die Initiative aus der Westschweiz für eine Ausgleichskasse für die Grundversicherung in der Schweiz auf kantonaler Ebene», erklärt Waeber-Kalbermatten. Die Initiative will die privaten Krankenkassen zwar nicht abschaffen, sondern fordert, dass diese die Höhe der Prämien nicht mehr festlegen. Dies würden die neuen kantonalen Ausgleichskassen übernehmen. Das alles aber ohne Zugzwang, denn jeder Kanton dürfte selbst wählen, ob er eine solche Ausgleichskasse schaffen möchte oder nicht. Und zum Schluss betonte die Staatsrätin noch: «Unser Gesundheitssystem ist nicht krank. Es ist eines der besten der Welt. Aber es hat halt seinen Preis.» ■

Das Siegerprojekt des Architekturwettbewerbs sieht die Aushöhlung des heutigen Spitals und die Schaffung von neuen Zimmern vor. Neu sollen viele der 40 Jahre alten Zimmer nur eine Pinsel-Renovation erhalten. Die nächste Rote Anneliese widmet sich diesen und anderen Themen des Gesundheitswesens.

UNO-Sonderberichterstatter Alfred de Zayas im Interview:

«Das Elend wird durch die Politik erst verursacht»

International | Alfred de Zayas ist als unabhängiger Experte für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung bei der UNO tätig. In seinen Berichten übt er regelmässig Kritik am Fehlverhalten von Staaten und internationalen Organisationen.

Silvia Eyer

Alfred de Zayas war bereits von 1981 bis 2003 als Jurist bei den Vereinten Nationen im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte tätig. Dies als Sekretär des Menschenrechtsausschusses und Chef der Beschwerdeabteilung. Seit sechs Jahren ist er unabhängiger Experte für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. In mehreren seiner Berichte an die UNO-Generalversammlung übte er Kritik am Fehlverhalten von Staaten und internationalen Organisationen wie der Weltbank und dem internationalen Währungsfonds. Regelmässig unterbreitet er konstruktive Vorschläge, wie Probleme gelöst werden könnten.

Vortrag in Nicosia, Zypern: Referendum und neue Verfassung für die Wiedervereinigung der Inseln.

Herr de Zayas, in vielen Ländern der Erde werden die Menschenrechte massiv verletzt. Unschuldige Menschen sterben zu Hunderten. Viele haben das Gefühl, die UNO sei abwesend. Stimmt das?

Die UNO ist nicht der Papst. Sie besteht aus den 193 Mitgliederstaaten der Organisation und diese verfolgen in erster Linie nicht die Menschenrechte, sondern ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen. Zu oft kommt es zu Konflikten in der Welt und zu massiven Menschenrechtsverletzungen, die straflos ausgehen.

Können Sie Beispiele nennen?

Vor 15 Jahren begann, was ich als die ärgste Verletzung des Völkerrechts seit den Nürnberger Prozessen bezeichnen möchte, die unprovozierte Aggression der Vereinigten Staaten von Amerika und der sogenannten Koalition der Willigen gegen den Irak. Ein Verbrechen unglaublichen Ausmasses, welches inzwischen mehr als eine Million Menschenleben gefordert hat. Dann kam 2011 Libyen an die Reihe, als der Staatschef Muammar al-Gaddafi ermordet wurde. Seither herrscht Chaos im Lande. Verantwortlich dafür sind Frankreich, die USA und andere europäische Länder. Bisher wurde jedoch niemand dafür zur Rechenschaft gezogen. Aktuell droht eine militärische Intervention gegen Venezuela, den Staat mit der grössten Ölreserve der Welt. In allen drei Fällen waren und sind ökonomische Interessen bestimmend. In Syrien spielt sich ein ähnliches Spiel ab: Öl und Gasrohrleitungen sind für den Konflikt verantwortlich. Syrien ist ein strategisches Land und darum tobt dort ein Stellvertreterkrieg. Ausserdem will die Türkei verhindern, dass Kurden aus Syrien und dem Irak das Selbstbestimmungsrecht ausüben und die Unabhängigkeit erhalten.

Viele Menschen fühlen sich ohnmächtig gegenüber dem Elend in Kriegsgebieten. Kann man diesem Leid kein Ende setzen?

Das Elend wird durch Politiker verursacht. Die Völker tragen die Konsequenzen. Unsere Politiker und Diplomaten in der UNO und im Europarat haben versagt und werden weiterhin versagen, weil sie sich überwiegend von wirtschaftlichen Interessen leiten lassen. Ein Krieg ist ein gutes Geschäft. Zunächst zerstört man alles – dann wird durch den Wiederaufbau viel verdient. Ausserdem ist das Waffengeschäft immer ertragsreich. Allerdings wird nur dann Geld verdient, wenn die Waffen gebraucht und zerstört werden, so dass anschliessend neue Waffen produziert, verkauft und verbraucht werden können. Und so geht der Teufelskreis immer weiter. Um die Opfer des Ganzen, vorwiegend Zivilisten, scheren sich die meisten Politiker einen Dreck.

Und wie gehen Sie mit diesem Missstand um?

Obwohl ich in den letzten 40 Jahren sehr viel Verlogenheit erlebt habe, gebe ich meinen Optimismus nicht auf, denn als Christ habe ich immer Hoffnung. Als UNO-Beamter und als UNO-Sonderberichterstatter habe ich die Möglichkeit genutzt, Menschen zu helfen. Ich habe dazu beigetragen, dass Hunderte von der Todesstrafe verschont wurden, dass Flüchtlinge nicht ausgewiesen wurden, dass Opfer von Folter und willkürlicher Verhaftung Reparationen bekommen haben und dass die Gesetze in vielen Ländern im menschenrechtlichen Sinne verbessert wurden. Ich habe stets Leidenschaft mit Geduld kombiniert. Ich bin zwar verärgert, wenn ich die Sachen nicht bewegen kann, aber wie sagt man so schön: Steter Tropfen höhlt den Stein. Ich habe auch gesehen, dass die Opfer ihr Leiden meistens mit Würde tragen. Sie üben sich in Geduld. Manchmal hilft es schon, dass man sie zur Kenntnis nimmt, dass man zuhört, auch wenn wir manchmal einfach nicht helfen können.

In der Türkei werden Journalisten gleich reihenweise verhaftet. Von der UNO hat man in diesem Zusammenhang nur wenig gehört. Hat der Menschenrechtsrat diese Problematik verschlafen?

Human Rights

Doch, doch, die UNO beschäftigt sich damit, aber lange nicht genug. Die Türkei ist nicht der einzige Schurkenstaat – ich kann aus eigener Erfahrung Dutzende nennen. Jedenfalls hat die Türkei nichts in der EU zu suchen, denn sie teilt unsere demokratische und menschenrechtliche Gesinnung nicht. Auch in der Beziehung der EU zur Türkei bestimmen wirtschaftliche Interessen die Politik. Doch Missstände dieser Art gibt es viele: Die Verbrechen Saudi-Arabiens in Jemen, der ständige Landraub Israels und die brutale Unterdrückung der Palästinenser sowie die Ausbeutung der indigenen Bevölkerung Brasiliens, Chiles, Kolumbiens und Perus sind furchtbar, zeigen jedoch nur einige Beispiele rechtswidrig handelnder Staaten.

Sie sind als unabhängiger Experte und Berater der UNO tätig. Somit sind Sie auch in der Funktion eines Kritikers. Bei all diesem Versagen, was läuft da falsch?

Es besteht Zynismus, eine tiefgreifende Hypokrisie, mangelnde Objektivität, fehlende Unabhängigkeit, und zwar auf allen Ebenen: Bei den Politikern, Diplomaten, Beamten, bei Nichtregierungsorganisationen, bei den unabhängigen Experten. Die Menschenrechte werden willkürlich angewandt. Ich nenne das Völkerrecht nach Belieben. Es fehlt ein Sinn für Verhältnismässigkeit. Manche Menschenrechtsverletzungen werden an die grosse Glocke gehängt. Andere werden ignoriert. Es wird unter den Opfern diskriminiert. Es gibt politisch korrekte Opfer – und dann «die anderen».

Und kann man daran nicht etwas ändern?

Es gibt eine riesige Industrie rund um die Menschenrechte. Sie zieht nicht nur jene Menschen an, die sich ernsthaft für die Förderung der Menschenwürde, für Gerechtigkeit, sozialen Frieden und Solidarität einsetzen. Sie zieht auch solche Menschen an, die sich für gut bezahlte Arbeitsplätze und Machtentfaltung interessieren. Im Laufe meiner 40-jährigen Erfahrung habe ich viele dieser Menschenrechtssöldner getroffen, die nicht praktizieren, was sie predigen, die sich wie intolerante Ideologen verhalten und ihre Mitmenschen einschüchtern, sie demütigen und diejenigen verachten, die auf die praktische Anwendung der Menschenrechte Wert legen. Heuchelei ist keine Erfindung des 21. Jahrhunderts – sie ist seit jeher Teil des menschlichen Daseins. In dem Moment, in dem die Menschenrechte nicht mehr als positive Ansprüche und konstruktive Impulse wahrgenommen werden, sondern zu Werkzeugen werden, um politische Feinde zu demontieren, wird die gesamte Philosophie der Menschenwürde untergraben. Ungeachtet dessen gibt es echte Menschenrechtler. Diese ungenannten Helden für die Menschheit verdienen unsere Solidarität und unseren Respekt.

Wie Sie in einem Interview der «Zeitgeschehen im Fokus» erklärten, werden Ihre Einwände von der UNO zu einem grossen Teil einfach ignoriert. Wie gehen Sie damit um?

Nicht nur meine Berichte und meine Einwände werden ignoriert. Es fehlt jeglicher Umsetzungsmechanismus. Es gibt nicht einmal ein System, in dem man nachschauen kann, ob vielleicht doch einige der Vorschläge in die Tat umgesetzt werden. Ich denke, wir sind eine Gesellschaft von Kassandras, die ständig warnen, aber niemand oder nur sehr wenige Menschen hören auch wirklich zu.

Und wieso braucht es die UNO trotzdem, um eine gerechtere Welt zu schaffen?

Wenn die UNO nicht existierte, müsste sie geschaffen werden. Ich lebte in Chicago im Oktober 1962, als die Welt beinahe in Flammen aufging, als Khrushchev und Kennedy die Kuba-Krise in der UNO austrugen. Ich glaube, ohne UNO würde es diesen Planeten gar nicht mehr geben, denn entweder Kennedy oder Khrushchev hätten irgendwann den roten Knopf gedrückt. Die UNO war eben die einzige Möglichkeit, Dampf abzulassen, um Zeit zu gewinnen und zu verhandeln.

Alfred de Zayas mit dem ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter.

Nach sechsjähriger Tätigkeit geben Sie Ihr Amt in Kürze Ihrem Nachfolger weiter. Was ist Ihr Fazit? Und wie geht es für Sie weiter?

Meine Berichte verbleiben im Internet. Darin finden sich viele notwendige Informationen und konkrete Vorschläge. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass Nichtregierungsorganisationen, Akademiker, Professoren und auch die einfachen Bürger doch ihren Nutzen darin finden und versuchen, einige meiner Vorschläge umzusetzen. Ich selber bleibe Professor des Völkerrechts an der Geneva School of Diplomacy. Ich habe bereits Einladungen erhalten für Veranstaltungen und Paneelen während der kommenden Sitzungsperiode des Menschenrechtsrates im Juni 2018. Wahrscheinlich schreibe ich noch ein Buch mit dem Titel: Eine demokratische und gerechte Weltordnung ist doch möglich! Es lohnt sich dranzubleiben, die Hoffnung nicht aufzugeben und weiterhin nach einer besseren Welt zu streben. ■

Alfred de Zayas beim Skifahren auf der Belalp.

Will Staatsrat Melly Postauto Wallis zerstören?

Doris Schmidhalter-Näfen fordert zehn Prozent mehr Lohn

Wallis | Nichts als Probleme. Die Postautobetriebe sind für das Wallis wichtig. In keinem Kanton der Schweiz sind im Sommer mehr Postautos unterwegs als im Wallis. In letzter Zeit geraten die Postautobetriebe jedoch in eine arge Abwärtsspirale. RA

- Die Matterhorn Gotthard Bahn hatte diesen Winter immer wieder mit Unterbrüchen auf ihrem Streckennetz zu kämpfen. Deshalb waren mehr als einmal zwischen Stalden und Täsch sowie im Goms Ersatzbusse unterwegs. Die hochsubventionierte MGBahn hat den Auftrag ausgeschrieben. Zum Handkuss kam nicht die staatliche Post, sondern das private Busunternehmen Ruffiner. Kein gutes Zeichen.

- Die Postautobetriebe haben im Bereich des Service Public von Bund, Kantonen und Gemeinden zu viel Geld verlangt. Sie machten Gewinne, obwohl das Gesetz ihnen dies verbietet. Der Schaden dürfte schweizerisch weit über 100 Millionen Franken liegen. Aufgrund unserer Schattenrechnung ist im Wallis mit über 15 Millionen Franken zu rechnen.

- Der Stuhl, der im Wallis wohnenden Chefin, wackelt etwas. Andere Kader mussten ihren Hut nehmen oder erlitten stressbedingt einen Herzinfarkt. Die Bundespolizei untersucht den von Dr. Peter Füglistaler, Direktor Bundesamt für Verkehr, aufgedeckten Skandal. Das alles bremst den notwendigen Umbau der Postautobetriebe. Zu viele müssen Leichen ausgraben, statt die Zukunft zu gestalten.

- Im Wallis will unser aller Staatsrat Jacques Melly neu 43 Postautolinien ausschreiben. Wie genau und wann, weiss er noch nicht. Den Walliser Postautobetrieben droht die zerstörerische Filetierung.

- Bei den Postautochauffeuren im Wallis herrscht eine grosse Unzufriedenheit, weil die Löhne zu tief sind und die ganzen Bürokraten sie mit unerfüllbaren Zeitvorgaben schikanieren. Und so zur Gratisarbeit zwingen.

Fünf Probleme gleichzeitig sind mindestens drei zu viel. Die Gefahr besteht, dass wir am Schluss im Wallis vor einem grossen Service-Public-Scherbenhaufen stehen.

Niemand muss ausschreiben

Doris Schmidhalter-Näfen ist Mitglied der Geschäftsprüfungskommission des Walliser Grossen Rates. Sie hat direkt mit Dr. Peter Füglistaler Kontakt aufgenommen, um zentrale Fragen abzuklären. Und hat das Resultat von zwei Gesprächen mit dem Chef des für das Wallis wichtigen Bundesamtes folgendermassen schriftlich bestätigt: «Das Gesetz verlangt keine Ausschreibung.» Das heisst: Kanton und Gemeinden können die anstehenden Probleme auch anders und intelligenter lösen.

Subito 10 Prozent mehr Lohn

Der Kanton muss mit Hilfe von neutralen Experten festlegen, wie viel Geld die Post für ihre Leistungen in Zukunft bekommt:

- Die Postautobetriebe dürfen nicht länger überrissene Kosten für die Anschaffung und die Wartung ihrer Postautos einsetzen.

- Die Postautobetriebe haben in Bern wie im Wallis viel zu grosse Overheadkosten, einen viel zu grossen Wasserkopf. Dieser muss subito abgebaut werden. Da es an der Front sowieso viel zu wenige Postautochauffeure hat, ist das kein Problem: Andreas Zenklusen und andere Bürokraten sollen sich wieder hinter das Steuer klemmen. Täte ihnen und dem Betrieb gut.

- Die Löhne der Postautochauffeure müssen subito um zehn Prozent angehoben werden, sonst werden sich immer mehr von ihnen einen Job in der Lonza oder sonst wo suchen. Und die Post blutet personell aus.

- Die ewige Hetzerei muss ein Ende haben. Die Zeitvorgaben müssen wieder realistisch werden.

Die SP wird im Grossen Rat einen entsprechenden Vorstoss gegen die Pläne von Melly einreichen. Und gleichzeitig den Ausstand des ehemaligen privaten Busunternehmers Melly in diesem Dossier verlangen. Denn das Wallis muss sozialer und innovativer werden. ■

Die fünf faulen Eier der Olympischen Spiele Sion 2026:

1. Die Olympiade wirkt sich positiv auf die Wirtschaft aus.

Das Kandidaturkomitee behauptet:
Die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Olympiade führen zu einer fitteren Bevölkerung. Man berechnet Einsparungen bei den Gesundheitskosten „…welche die Gesamtkosten der Spiele bei weitem übersteigen dürften!"

Wahrhaftig eine steile These! Nüchtern betrachtet weisen Olympische Spiele immer eine negative Bilanz für den Steuerzahler auf. An Austragsorten bleiben in der Regel Schulden zurück. Nur gezielt gewählte und jährlich wiederkehrende Anlässe sind wirtschaftlich interessante Märkte, welche sich langfristig auch auf die Gesundheit auswirken können.

2. Olympia schafft Arbeitsplätze.

Das Kandidaturkomitee behauptet:
Die Olympiade habe eine „Katalysatorwirkung" zur Realisierung von Projekten.

Bis heute gibt es keine einzige Studie, die eine nachhaltig-positive ökonomische Wirkung zeigt. Im besten Fall wurden, meist kurzfristige, regionale Impulse für die Bauindustrie und den Tourismus beobachtet. Gerade bei der Infrastruktur setzt das Kandidaturkomitee auf bestehende Bauten.

3. Olympia fördert den Tourismus.

Das Kandidaturkomitee behauptet:
Die Spiele ermöglichen die Umsetzung des Masterplans zur „touristischen Entwicklung in den Alpen" auf die nächsthöhere Ebene und setzt dabei neue moderne Qualitätsstandards.

Im Tourismus sind stabile Rahmenbedingungen weitaus wichtiger als kurzfristige Einmaleffekte wie Olympia.

An den Beispielen London (2012) und Peking (2008) wurde deutlich, dass die Übernachtungszahlen bereits im darauffolgenden Jahr rückläufig waren. Dies unter anderem wegen der abschreckenden Wirkung der hohen Übernachtungspreise. Dem Schweizer Tourismus ist diese negative Erfahrung aufgrund der Frankenstärke bereits heute bekannt. Wiederkehrende Events und ein Ausbau des ganzjährigen Tourismus sind zu fördern!

4. Olympia setzt auf Nachhaltigkeit

Präsident von Swiss Olympic behauptet:
Das IOC hat Lust auf einen Partner, der die Olympische Bewegung in eine neue Epoche führen kann. Nachhaltigkeit soll kein leeres Wort bleiben.

Die Realität sieht anders aus. Pyeongchang war kein Wintersportgebiet und wurde vom IOC unter der Agenda der Nachhaltigkeit erkoren. Fakt ist: Olympia ist ein Mega-Event mit aktuell 100 Disziplinen, gigantischem Energie- und Raumbedarf für Anlagen und Kunstschneeaufbereitung. Dem Wachstum sind keine Grenzen gesetzt. Olympische Spiele in dieser Grössenordnung können schlichtweg nicht nachhaltig sein. Unter dem Begriff Nachhaltigkeit verstehen wir mehr als eine Renovation von Gebäuden nach Minergie-Standard oder getrennter Abfallentsorgung. Wie gross ist der ökologische Fussabdruck eines Spitzensportlers? Oder eines Zuschauers?

5. Günstigste Spiele aller Zeiten?

Das Kandidaturkomitee behauptet:
Die Gesamtkosten der Olympischen Spiele belaufen sich auf 2,4 Milliarden Franken.

Die Geschichte lehrt uns, dass in jüngster Zeit keine Olympischen Spiele die Kosten im Griff hatten. Pyeongchang: 10 Milliarden – Sotschi: 50 Milliarden – Vancover: 6 Milliarden – Turin: 3.5 Milliarden. Für das Defizit haften die Hostcity Sion zusammen mit dem Kanton Wallis oder anders gesagt, wir Steuerzahler. 17 Tage Olympia-Fest und 17 Jahre Schuldenkater in Milliardenhöhe – Nein danke!

Fakt:

Der Bundesrat lehnt eine gesamtschweizerische Volksabstimmung aus fadenscheinigen Gründen (u.a. Zeitdruck) ab! Das Walliser Stimmvolk hat am 10. Juni 2018 die Möglichkeit über einen Kredit von 100 Millionen Franken abzustimmen. Die Politik der knappen Kassen mit den Sparübungen der letzten Jahre hat in der Bildung und beim Gesundheitswesen zu einem signifikanten Abbau geführt.

Der Oberwalliser Gewerkschaftsbund empfiehlt am 10. Juni 2018 die Ablehnung der Olympiakandidatur Sion 2026.

Sion 2026 ist nicht nötig, vieles anderes hingegen schon.

Klassenkampf für Klassenmedizin:

Gelber Jodok Wyer will Fr. 10'000 Selbstbehalt

Wallis | Die Gesundheitskosten explodieren. Leider auch im Wallis. Dazu kommt: Gleichzeitig wurden im Wallis die Prämienverbilligungen massiv gekürzt. Durch jene Staats- und Grossräte, die jetzt 100 Millionen Franken in olympische Spiele stecken wollen. RA

Links aussen Philomena Colatrella, Geschäftsführerin der Christlichsozialen Krankenkasse. Rechts aussen Jodok Wyer aus Visp, Präsident des Verwaltungsrates der CSS-Gruppe.

Die SP fordert: Niemand soll mehr als 10 Prozent seines Lohnes für Krankenkassenprämien bezahlen.

Viele Familien mit mittleren Einkommen wissen bereits heute nicht mehr, wie sie Ende Monat die ständig steigenden Krankenkassenprämien bezahlen sollen. Kann man nichts dagegen machen? Natürlich könnte man. Wenn man denn nur wollte. Internationale Experten haben zuhanden von Bundesrat Alain Berset konkrete Vorschläge gemacht. Die drei wichtigsten Elemente:

- Wir brauchen weniger aber dafür grössere Spitäler.
- Die Medikamentenpreise können und müssen gesenkt werden. Die Patienten müssen das Recht erhalten, auch in Domodossola die Medikamente zu einem Bruchteil des Preises einzukaufen.
- Es braucht intelligente Globalbudgets verbunden mit Qualitätskontrollen. Wenn zu viele Leistungen erbracht werden, sinken die TARMED-Tarife.

Im Wallis bekämpft der direktinteressierte SVP-Kardiologe Patrick Hildbrand selbst die seit 18 Jahren überfällige Planung im Bereich von zu teuren und schlecht ausgelasteten MRIs. Im Bund wehrt sich SVP-Bundesrat Ueli Maurer gegen die Vorschläge von Alain Berset. Die SP fordert immer noch vergeblich, dass niemand mehr als zehn Prozent seines Einkommens für Krankenkassenprämien zahlen sollen muss.

Schweizerisch sind 1,7 Millionen Menschen bei der Christlichsozialen Krankenkasse CSS versichert. Im Oberwallis dürften es etwas mehr als 20'000 sein.

Nomen est omen (Der Name ist ein Zeichen): Verwaltungsratspräsident der CSS ist der Sohn des verstorbenen gelben Staatsrates Hans Wyer, der gelbe Jodok Wyer. Seine Geschäftsführerin Philomena Colatrella schlägt vor, dass künftig für jede und jeden ein Selbstbehalt von 10'000 Franken eingeführt wird. Das heisst: Bevor die Kosten für Spital, Ärzte und Medikamente nicht 10'000 Franken erreicht haben, bekommt man keinen Franken von der Krankenkasse. Das würde neu jedes Jahr rund 3'000 Oberwalliser Familien ruinieren. Weil sie dieses Geld nicht aufbringen könnten. Oder auf notwendige Behandlungen und Operationen verzichten müssten. Dies ist Klassenkampf von oben mittels Einführung einer Klassenmedizin. Wir empfehlen allen Oberwalliserinnen und Oberwallisern mit und ohne Schweizer Pass zur Krankenkasse Sodalis zu wechseln. Diese müsste ihrerseits endlich die Vorschläge von Alain Berset unterstützen, umso mehr als in deren Verwaltungsrat der Neo-Verleger Alfred Bayard sitzt. ■

Gutachten zeigt: Maesanos Auslieferung verstösst gegen schweizerische Rechtsvorstellungen

«Ganz klar, der Mann sitzt zu Unrecht»

Teil 2 | Fortunato Maesano, der «Mafiaboss von Brig», in Italien zu 11 Jahren Gefängnis verurteilt, verbrachte fast acht Jahre hinter Schloss und Riegel. Unglaublich: In der Schweiz hätte er nicht einen Tag gesessen, hier wurden alle Verfahren eingestellt.

Frank Garbely

Patrick Lamon, Staatsanwalt des Bundes, den alle nur «Sheriff» nannten, war überzeugt: Mit Francesco Romeo in Brig hatte er einen ganz dicken Fisch am Haken. Darum verstärkte er seine Beschattung. So kam es, dass «Sheriffs» Fahnder beobachteten, wie Francesco Romeo regelmässig mit Fortunato Maesano sprach. Häufig trafen sich die beiden in der Bocciahalle in Brig, eine private Freizeitanlage, betrieben von einer Genossenschaft. Und als in der Bocciahalle auch noch Bruno Pizzi gesichtet wurde, der Hauptverdächtige im Verfahren gegen die ‘Ndrangheta in Domodossola, holte «Sheriff» Lamon das ganz grosse Besteck hervor: Er liess in der Bocciahalle Videokameras und Mikrophone installieren.

Brig: Kommandozentrale der Mafia

Auf einmal stand nicht mehr der Steinbruch in Raron im Zentrum des Interesses, sondern die Bocciahalle in Brig. Jetzt nahm die «Operation Feigenbaum» so richtig Fahrt auf. Schon nach wenigen Tagen meldeten «Sheriffs» Spitzel erstaunliche Erkenntnisse, aus denen sie nicht minder erstaunliche Schlüsse zogen: Die Bocciahalle in Brig ist «Dreh- und Angelpunkt» der Mafia-Aktivitäten von Maesano & Co. «Sheriff» Lamon sah sich schon kurz vor Abschluss seines grössten Falles. Sein Herz raste, und er fühlte sich in Form wie Popeye nach der fünften Dose Spinat. Doch es kam ganz anders. Es fing an mit den Container-Transporten aus Genua. «Sheriff» Lamon und seine Fahnder blamierten sich bis aufs Blut. Während Monaten hatten sie in ihren Rapporten behauptet: «Bei der transportierten Ware kann es sich nur um Rauschgift handeln, wahrscheinlich Kokain.» Doch als sie kurz vor Visp einen Transport stoppten und den Container durchsuchten, fanden sie kein Kokain, auch kein anderes Rauschgift, sondern Marmor aus China. Ein schwerer Rückschlag auch in der Bocciahalle. Es gab ständig Pannen mit der Überwachung. Aber «Sheriff» Lamon gab nicht auf. Plötzlich war die Spur von Francesco Romeo in Brig wieder ganz heiss. Er hatte Besuch aus Kalabrien, Onkel Mario war gekommen. Ein paar Tage vor seiner Rückreise fingen «Sheriffs» Lauscher ein Telefongespräch zwischen Francesco Romeo und seinem Bruder Girolamo in Kalabrien ab. Girolamo sagte zu seinem Bruder: «Vergiss nicht Onkel Mario die Schokoladen mitzugeben, aber Schokoladen mit Nüssen.»

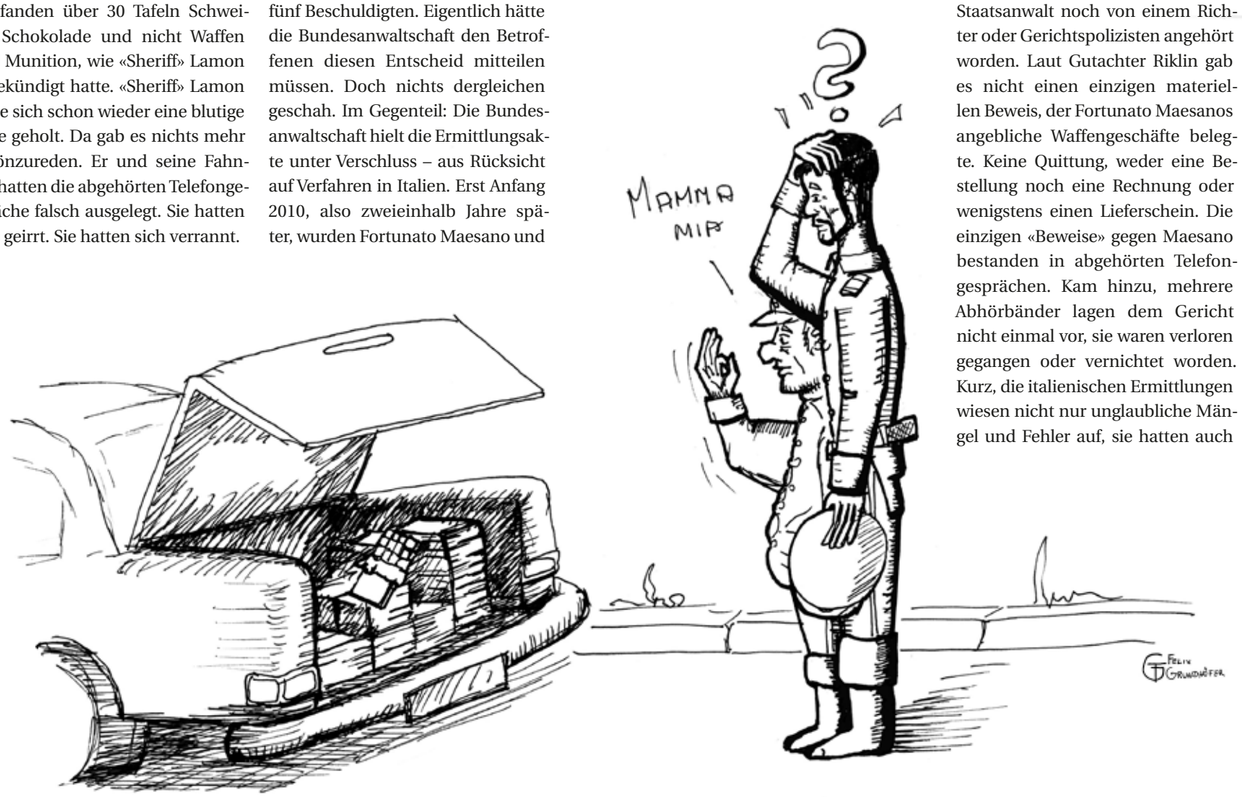
«Schokolade mit Nüssen»

Diese belanglose Bemerkung löste höchste Alarmstufe aus. Denn: «Sheriff» Lamon wusste von den italienischen Kollegen: Francesco Romeo und sein Bruder sprachen am Telefon nur verschlüsselt: «Schokolade» bedeutete Waffe und «Nüsse» meinte Munition.

Brig. 11. November 2006. Ein Samstag. Francesco Romeo begleitete Onkel Mario zum Bahnhof. Im Schlepptau zwei von «Sheriffs» Spitzeln. Noch bevor der Intercity losfuhr, benachrichtigten sie die italienischen Kollegen der «Operazione Nuovo Potere». 12. November 2006. Am nächsten Tag. Mario Romeo war inzwischen in Reggio Calabria eingetroffen. Sein Enkel Girolamo holte ihn mit dem Wagen ab. Nachdem er das viele Gepäck von Onkel Mario im Kofferraum verstaut hatte, fuhr er los. Zuerst Richtung Melito Porto Salvo. Kurz vor Bova Marina verliess er die Autobahn, bog links ab und nahm das Strässchen hinauf nach Condofuri. Kaum hatten sie die Autobahn verlassen, wurden sie von einer Patrouille der Carabinieri gestoppt. Mario Romeo und sein Enkel mussten sich ausweisen, aussteigen, sich nach Waffen abtasten lassen. Das Übliche halt. Aber es war augenfällig, die Carabinieri interessierten sich vor allem für eines – den Koffer von Mario Romeo. Als sie den Koffer öffneten, war die Überraschung perfekt: Sie fanden über 30 Tafeln Schweizer Schokolade und nicht Waffen und Munition, wie «Sheriff» Lamon angekündigt hatte. «Sheriff» Lamon hatte sich schon wieder eine blutige Nase geholt. Da gab es nichts mehr schönzureden. Er und seine Fahnder hatten die abgehörten Telefongespräche falsch ausgelegt. Sie hatten sich geirrt. Sie hatten sich verrannt.

Alle Verfahren eingestellt

Jetzt zog der Bundesanwalt die Reissleine. Er stoppte die «Operation Feigenbaum». Das bedeutete, die Telefonkontrollen wurden eingestellt und die Beschattung der mutmasslichen Mafiosi im Oberwallis abgebrochen. «Sheriff» Lamon musste den Fall Maesano abgeben. Und schliesslich beauftragte der Bundesanwalt einen anderen Staatsanwalt, die bisherigen Ermittlungen genau nachzuprüfen. Resultat: Ende Juli 2007 schlug der Neue vor, die Ermittlungen ganz einzustellen, und zwar gegen alle fünf Beschuldigten. Eigentlich hätte die Bundesanwaltschaft den Betroffenen diesen Entscheid mitteilen müssen. Doch nichts dergleichen geschah. Im Gegenteil: Die Bundesanwaltschaft hielt die Ermittlungsakte unter Verschluss – aus Rücksicht auf Verfahren in Italien. Erst Anfang 2010, also zweieinhalb Jahre später, wurden Fortunato Maesano und seine vier Mitbeschuldigten von der Bundesanwaltschaft informiert, dass gegen sie 2005 ein Strafverfahren eröffnet und im Sommer 2007 ergebnislos eingestellt worden war. Der Bescheid, dass die Bundesanwaltschaft das Verfahren eingestellt hatte, kam zu einem höchst erstaunlichen Zeitpunkt. Nämlich just in jenen Tagen, als das Bundestrafgericht in Bellinzona grünes Licht für Maesanos Auslieferung gab.



Verhaftet und ausgeliefert

Plötzlich ging alles sehr schnell. 25. Februar 2010. Fortunato Maesano wurde verhaftet. Seine Anwälte rekurrierten zwar noch beim Bundesgericht in Lausanne gegen den Entscheid von Bellinzona, aber sie wussten, dass sie nicht den Hauch einer Chance hatten. Am 12. April, ein Montag, wies das Bundesgericht die Beschwerde ab. Und bereits Freitagnacht verbrachte Fortunato Maesano in einer Zelle eines Mailänder Gefängnisses. Die Schweiz hatte ihn ausgeliefert.

«Für mich war klar: Die Auslieferung widersprach unseren Rechtsvorstellungen», sagt Jürg Sollberger, der selbst viele Jahre bei Gerichten tätig war, zuletzt als Präsident des Berner Geschworenengerichtes. Alt Richter Sollberger – er ist mit der Gattin von Maesano verschwägert – war Berater von Anwalt Sergio Biondo und kennt darum die Akte Maesano. Mit dem Auslieferungsentscheid hat sich alt Richter Sollberger bis heute nicht abgefunden. In seinen Augen war der Schweizer Auslieferungsentscheid genauso empörend wie das italienische Urteil. Für den Rekurs gegen den Entscheid von Bellinzona hatten alt Richter Sollberger und Anwalt Sergio Biondo beim renommierten Strafrechtler Professor Franz Riklin ein Gutachten bestellt. Gutachter Riklin nahm sämtliche italienischen Verfahren gegen Maesano unter die Lupe, prüfte sie Punkt für Punkt. Mit einem erschreckenden Ergebnis: Die Verfahren strotzten nur so vor Merkwürdigkeiten und wiesen zum Teil haarsträubende Mängel auf.

Haarsträubende Mängel

Gutachter Riklin wies unter anderem nach: Maesano war das rechtliche Gehör verweigert worden. Er war zu keinem Zeitpunkt weder von einem Staatsanwalt noch von einem Richter oder Gerichtspolizisten angehört worden. Laut Gutachter Riklin gab es nicht einen einzigen materiellen Beweis, der Fortunato Maesanos angebliche Waffengeschäfte belegte. Keine Quittung, weder eine Bestellung noch eine Rechnung oder wenigstens einen Lieferschein. Die einzigen «Beweise» gegen Maesano bestanden in abgehörten Telefongesprächen. Kam hinzu, mehrere Abhörbänder lagen dem Gericht nicht einmal vor, sie waren verloren gegangen oder vernichtet worden. Kurz, die italienischen Ermittlungen wiesen nicht nur unglaubliche Mängel und Fehler auf, sie hatten auch keine handfesten Ergebnisse zutage gefördert. Trotzdem war Maesano zu sage und schreibe elf Jahren Gefängnis verurteilt worden.

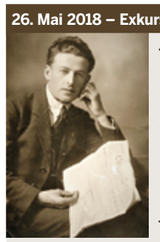
Was alt Richter Sollberger zutiefst schockierte, war die Art und Weise, wie der Auslieferungsentscheid zustande gekommen war. Professor Riklin hatte aufgezeigt, dass eine Auslieferung gegen gängige schweizerische Rechtsvorstellungen verstiess. Doch die Bundesrichter in Bellinzona hatten Riklins Argumente nicht einmal gelesen. Sie hatten es kurzerhand abgelehnt, bei ihrer Entscheidungsfindung das Gutachten Riklin einzubeziehen. Alt Richter Sollberger: «Was das italienische Gericht gegen Maesano vorbrachte, würde vor keinem Schweizer Gericht für einen Prozess ausreichen, es würde nicht einmal ein Verfahren eröffnet.» Mit anderen Worten: In der Schweiz hätte Maesano nicht einen Tag gesessen, in Italien dagegen war er inzwischen rund acht Jahre eingesperrt gewesen. Alt Richter Sollberger schüttelt nachdenklich den Kopf: «Man kann es drehen und wenden, wie man will», sagt er sichtlich enerviert: «Dä hockt für nüd – Ganz klar, der Mann sitzt zu Unrecht.»

Fortunato Maesano, für immer gebrandmarkt als «Mafiaboss von Brig», war der einzige, der für Jahre ins Loch musste. Alle anderen Mitbeschuldigten im Schweizer Verfahren «Operation Feigenbaum» kamen mit einem blauen Auge davon. Grund: Auch die Ermittlungen in Italien waren ein Schlag ins Wasser. Im Rahmen der «Operazione Nuovo Potere» wurde nicht nur gegen Bruno Pizzi und Francesco Romeo ermittelt, sondern auch gegen Franceso Ferraro und Antonio Mafrici. Das Verfahren gegen Mafrici musste eingestellt werden, es reichte nicht einmal für eine Anklage. Bruno Pizzi und Francesco Romeo dagegen wurde in Reggio Calabria der Prozess gemacht: Im Juni 2011 wurden sie zu je drei Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Aber: Beim Appellationsgericht gab es 2013 für beide einen glatten Freispruch. ■

Verbindungsmann zur Mafia?

Giovanni Mafrici wird den Mafia-Verdacht nicht los. Zwar waren mehrere Mafia-Verfahren gegen ihn eingestellt worden, 2007 in der Schweiz, genauso 2011 in Italien. Doch dann platzte der ASTRA-Skandal. Am 17. März 2016 wurde Giovanni Mafrici verhaftet. Grund: Die Bundesanwaltschaft verdächtigte ihn, er hätte Mitarbeiter des Bundesamtes für Strassenbau (ASTRA) bestochen und so für seine Firma Interalp Bau AG Aufträge in der Höhe von 150 Millionen Franken angeschafft. Mafrici ist längst wieder auf freiem Fuss. Doch die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Das heisst auch: Es gilt die Unschuldsvermutung. Inzwischen hat die Interalp Bau AG den Besitzer gewechselt, seit Juni 2017 gehört sie zur Firmengruppe Volken Beton AG. Massive Verdächtigungen gegen Mafrici auch in Italien. In Anti-Mafia-Prozessen in Mailand tauchte plötzliche der Name Giovanni Mafrici auf. Letztes Jahr standen in Mailand korrupte Unternehmer vor Gericht, die bei Bauarbeiten für die Weltausstellung in Mailand Gelder in zweistelliger Millionenhöhe an die sizilianische Mafia abgezweigt hatten. Laut Staatsanwalt war es Mafrici, der das Mafiageschäft eingefädelt hatte. Eigenartig allerdings: Der Staatsanwalt erhob keine Anklage gegen Mafrici. Auch sonst laufen in Italien keine Verfahren gegen den früheren Visper Bauunternehmer. ■

26. Mai 2018 – Exkursion der Unia Jugend Oberwallis nach Fiesch und ins Binntal



Thema des Ausflugs in die Geschichte: **Marino Bodenmann (1893-1964), der rote General aus dem Wallis.** Sein Leben verlief ebenso abenteuerlich und aussergewöhnlich wie das von Cäsar Ritz oder Kardinal Schiner. Doch keiner kennt ihn. Der gebürtige Fiescher war Berufsrevolutionär, Mitgründer der Kommunistischen Partei der Schweiz und einer der führenden Politiker und Journalisten der kommunistischen Linken.
RA-Autor Frank Garbely und Urs Grässlin (Marino war sein Grossvater) werden aus der bewegten Geschichte des roten Generals aus Fiesch erzählen. **Anmeldung unter: info@uniajugend-oberwallis.ch**

Zum 200. Geburtstag von Karl Marx:

Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie

Über Karl Heinrich Marx, geboren vor 200 Jahren am 5. Mai 1818 in Trier, gestorben am 14. März 1883 in London, wird noch immer viel diskutiert und geschrieben. Die Marx-Literatur ist in der Zwischenzeit unüberschaubar geworden. Der Mann hat längst den Status eines Klassikers erreicht – und kaum ein Klassiker wird so oft kommentiert und interpretiert.

Hilar Eggel

Marx' Kapital trägt den Untertitel «Kritik der politischen Ökonomie». Marx hat zwar nicht als erster die politische Ökonomie kritisiert. Kritiker der politischen Ökonomie waren damals vor allem bürgerliche Ökonomen wie David Ricardo, Simonde de Sismondi, John Stuart Mill, Richard Jones. Mit diesen Kritikern setzten sich Marx und sein engster wissenschaftlicher und politischer Freund Friedrich Engels auseinander, obwohl sie diese Theorie als falsch begründet hielten. Eine streng wissenschaftlich und ebenso streng analytisch durchgeführte Kritik der politischen Ökonomie musste her, um den real existierenden Kapitalismus mit all seinen Folgen, in all seinen Dimensionen zu begreifen und grundsätzlich zu kritisieren.

Marx führte deshalb die Begriffe Mehrwert, Profit und Akkumulation in die ökonomische Theorie ein. Die bürgerlichen Ökonomen waren damals nicht fähig, den Ursprung des Mehrwerts sowie die Entstehung des Profits zu erfassen, weil sie die Existenz des Mehrwertes und des Profites als gottgegeben hinnahmen. Die Beziehung zwischen Kapital und Lohnarbeit vermochten sie gesellschaftlich nicht zu analysieren. Marx revolutionierte die Arbeitswerttheorie und kam damit dem Ursprung des Mehrwertes auf die Spur. Die Ausbeutung der Lohnabhängigen erklärte er aus der fortschreitenden Akkumulation des Kapitals.

Das Geheimnis der Plusmacherei

Marx erkannte, dass die Ausbeutung erst sichtbar wird, wenn man «in die verborgne Stätte der Produktion [eintritt], an deren Schwelle zu lesen steht: ‹Eintritt nur in Geschäftsangelegenheiten›. Hier wird sich zeigen, nicht nur wie das Kapital produziert, sondern auch wie man es selbst produziert, das Kapital.» Das Geheimnis der Plusmacherei musste endlich enthüllt werden.

Marx kam dem Geheimnis der Plusmacherei auf die Spur, indem er das Kapital unter zwei Aspekten zu definieren und zu erfassen versuchte: Was ist Kapital und wie betätigt sich Kapital? Einerseits ist für ihn Kapital die Produktion von Mehrwert, der in Form von Geld, Waren und Produktionsmitteln auftreten kann. Andererseits betätigt sich Kapital zum Zweck der weiteren Akkumulation zugleich auch als «selbstverwertender Wert».

Dieser zweite Aspekt hat in der jüngsten Geschichte des Kapitalismus explosiv an Bedeutung zugenommen. In erster Linie geht es dabei nicht mehr um die Produktion von Gebrauchsgütern. Was sich im Bereich des selbstverwertenden Werts abspielt, hat die Bühne des Finanzkapitals betreten.

Das Kapital – ein unvollendetes Werk

Das Projekt einer Kritik der politischen Ökonomie hatte Marx 1843 begonnen und bis fast zum Ende seines Lebens, also beinahe 40 Jahre lang, eisern verfolgt und dabei Berge von Manuskripten und Aufzeichnungen produziert. Nur ein kleiner Teil davon wurde zu seinen Lebzeiten publiziert. Der erste Band des «Kapital» wurde 1867 veröffentlicht. Dem bekanntesten Werk gingen nicht weniger als vier riesige, aber unvollendete Entwürfe voran, die den mühsamen Forschungsprozess von Marx dokumentieren. Nach der Veröffentlichung arbeitete er in den folgenden Jahren, bis zum Sommer 1882, also wenige Monate vor seinem Tod, immer weiter daran. Er kam nicht zum Ende, er hinterliess eine Vielzahl von Manuskripten. Aus dem von Marx hinterlassenen Berg von Manuskripten und Materialien stellte Engels die zwei weiteren Bände des «Kapital» zusammen, die Marx nie zu Ende gebracht hatte.

Karl Marx arbeitet beinahe 40 Jahre am «Kapital».

Die historische und geschichtliche Dimension

Marx' Theorie ist mit Geschichte geladen. Alle ökonomischen Begriffe, die Marx entwickelt und gebraucht hat, tragen eine «historische Spur». Sie sind nicht als Universalkategorien gedacht, die für alle Zeiten gelten. Es geht gerade um ihre spezifische Bedeutung im Kontext der modernen kapitalistischen Produktionsweise. Waren, Geld, Austausch, Märkte, ja sogar Kapital und Lohnarbeit sind alt, es gibt sie schon lange vor der modernen Ökonomie, in fernen, vorkapitalistischen Zeiten. Daher musste Marx zu den gesellschaftlichen und historischen Bestimmungen kommen, die den Begriff der «Ware» bzw. des «Geldes» oder des «Marktes» im Kapitalismus ausmachen. Er stellte den Zusammenhang von der «Ware als solcher» zur «Ware als Produkt des Kapitals» her. An allen Kategorien, die er in der Kritik der politischen Ökonomie entwickelt hat, ist die «historische Spur» sichtbar. Selbst die hochabstrakte Kategorie des «Werts» hat verschiedene historische Bedeutungen.

Die «Bewegungsgesetze» der kapitalistischen Produktionsweise

Marx will zudem im «Kapital» die «Bewegungsgesetze» der modernen Gesellschaft bzw. der kapitalistischen Produktionsweise aufdecken. Er befasste sich mit den Bewegungen in Raum und historischer Zeit, weil er die bürgerliche Gesellschaft nicht als ein Ensemble von Dingen, sondern als ein Ensemble von Verhältnissen und Prozessen zu begreifen versuchte. Marx zeigt, dass die ökonomischen Prozesse mehr sind als blosse, immergleiche Bewegungsformen. Sie beinhalten Veränderungen und Entwicklungen. Marx' berühmte «Bewegungsgesetze» der modernen Gesellschaft sind daher auch «Entwicklungsgesetze», die die Logik und die Richtung von Veränderungen in Raum und Zeit angeben sollen. Das gilt für das «Wertgesetz» ebenso wie für die «Zirkulationsgesetze» oder die Gesetze, die die Bewegungen und langfristigen Veränderungen ökonomischer Strukturgrössen wie der «Mehrwertrate», der «organischen Zusammensetzung des Kapitals», der «Profitrate» usw. bestimmen.

Entfaltung der Produktivkräfte und Zerstörung der Lebensgrundlagen

Marx betrachtete die kapitalistische Gesellschaft als eine Welt von Abhängigkeiten, in der den Beteiligten, die glauben, handelnde, autonome Personen zu sein, die elementarsten Zusammenhänge in verdrehter Form schmackhaft gemacht werden. Unabhängig von individuellen Denkfehlern stellt sich die Welt des real existierenden Kapitalismus als eine Welt von «Sachzwängen», von scheinbaren «Naturgesetzlichkeiten» oder scheinbaren «objektiven Notwendigkeiten» dar, die der offiziell verkündeten Freiheit und Rationalität widersprechen. Das Kapital, die Märkte, der Arbeitsmarkt, die Börse, die Konjunktur, der Weltmarkt, immer die Konkurrenz, sie bestimmen letztendlich das Leben der Individuen.

Der Kapitalismus, so sah es Marx, ist ein widersprüchliches System, das einer perversen Logik folgt und dabei weder Mass noch Ziel kennt. Einerseits entwickelt er die Produktivkräfte, die die gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben. Andererseits ist er dabei, nach der gleichen Logik seine eigenen Grundlagen und Voraussetzungen, die materiellen ebenso wie die mentalen und moralischen, zu zerstören. Sehr früh schon hat Marx diesen Grundgedanken formuliert. Im «Kapital» zeigt er im Einzelnen, wie und warum das funktioniert, wie die selbstzerstörerische Irrationalität der kapitalistischen Produktionsweise in der Praxis des ökonomischen Alltagslebens wirkt. Die fetischistische Alltagsreligion, dass alle Güter – also auch Grund und Boden – einen Preis haben oder Wertpapiere eine «Rendite» abwerfen oder der Mensch von Natur aus für den «Arbeitsmarkt» bestimmt oder der «Markt» sich selbst reguliert und immer recht hat, beherrscht die Köpfe zahlreicher Menschen. Daher finden sich im Marxschen «Kapital» immer wieder Aussagen über die verschiedenen Formen des ökonomischen Alltagsglaubens, des praktischen Aberglaubens der Kapitalisten und Marktmenschen. Marx nennt diese Form des Aberglaubens «Fetischismus» – eigentlich eine religionswissenschaftliche Kategorie, die den Glauben bestimmter «Naturvölker» beschreibt – weil die «praktischen Männer» an die Magie von übersinnlichen Dingen glauben und sich deren vermeintlicher «Macht», dem «Sachzwang», als vermeintlich rationale Individuen unterwerfen.

Fortsetzung auf Seite 22 ›

Biographisches von Bedeutung

Karl Marx war in einer bürgerlichen Familie aufgewachsen. Doch sein Leben entsprach nur wenig seiner bürgerlichen Herkunft aus einer Advokatenfamilie in Trier. Seine Frau Jenny von Westphalen hatte er bereits in Jugendjahren kennengelernt. Sie war nicht nur die «Ballkönigin von Trier», sondern verfügte auch über eine umfassende Bildung.

Jenny von Westphalen im Alter von ungefähr 25 Jahren.

Mit siebzehn Jahren hatte er sich an der Universität Bonn zum Jurastudium eingeschrieben, ein Jahr später war er nach Berlin gezogen, wo er in den Bann der Junghegelianer geriet. Marx sattelte auf Philosophie um. Zwangsläufig musste er sich mit dem Werk Georg Wilhelm Friedrich Hegels, des einflussreichsten Philosophen jener Zeit, auseinandersetzen. In Jena reichte er seine Dissertation ein und erhielt den Doktortitel. Doch die Türen zu einer akademischen Karriere blieben ihm verschlossen, so dass er sich dem Journalismus zuwandte.

In den Jahren 1842/43 war er Redakteur der «Rheinischen Zeitung», die als Organ der liberalen rheinländischen Bourgeoisie der autoritären preussischen Monarchie gegenüber oppositionell eingestellt war. Da die preussische Zensur die Arbeit in Deutschland unmöglich machte, siedelte Marx nach Paris über, wo er sich intensiv mit den ökonomischen Schriften von Adam Smith und David Ricardo auseinandersetzte. Das Ergebnis waren die zwischen April und August 1844 verfassten «Ökonomisch-Philosophischen Manuskripte».

In Paris lernte Marx Friedrich Engels kennen. Aus der Bekanntschaft sollte sich eine lebenslange Partnerschaft entwickeln. Zusammen schrieben sie die «Deutsche Ideologie» und das «Manifest der kommunistischen Partei», die die theoretischen Grundlagen für die Politik von Marx und Engels lieferten.

Nach der Niederschlagung der Revolution von 1848 musste Marx aus Frankreich fliehen und übersiedelte schliesslich nach London. Dort befand er sich nicht nur im Zentrum der damaligen kapitalistischen Entwicklung, sondern konnte auch auf die riesige Bibliothek des British Museum zurückgreifen. Ab 1850 nahm er seine ökonomischen Studien wieder auf und plante, eine grosse «Kritik der politischen Ökonomie» zu verfassen. 1857/58 entstand dann das umfangreiche Manuskript, das unter dem Titel «Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie» veröffentlicht wurde.

1864 wurde in London die erste Internationale gegründet. Sie verdankte ihr Entstehen der Initiative englischer und französischer Arbeiter. Marx war eines der 32 Mitglieder des leitenden Komitees. Er schrieb «die Inauguraladresse», das Programm der Ersten Internationalen, verfasste Manifeste und Resolutionen und unzählige Briefe. In der Schrift «Der Bürgerkrieg in Frankreich» analysierte er den Kommuneaufstand von März bis Mai 1871 in Paris. Eine nüchterne Analyse zur deutschen Sozialdemokratie entwickelte er 1875 in der «Kritik des Gothaer Programms».

1882 reiste Marx zu Erholungsaufenthalten nach Frankreich, Algerien und in die Schweiz und starb überraschend am 14. März 1883 im Alter von 65 Jahren. Nach seinem Tod stellte Friedrich Engels die Bände zwei und drei des «Kapitals» aus den vorhandenen Manuskripten in oft mühsamer Arbeit zusammen. Viele Aspekte der Marxschen Theorie blieben aber trotzdem offen: seine Ideologietheorie, seine Geschichtsphilosophie, seine Staatstheorie und nicht zuletzt sein dialektisches Prinzip.

›

Der tot gesagte «Hund» fängt immer wieder zu bellen an…

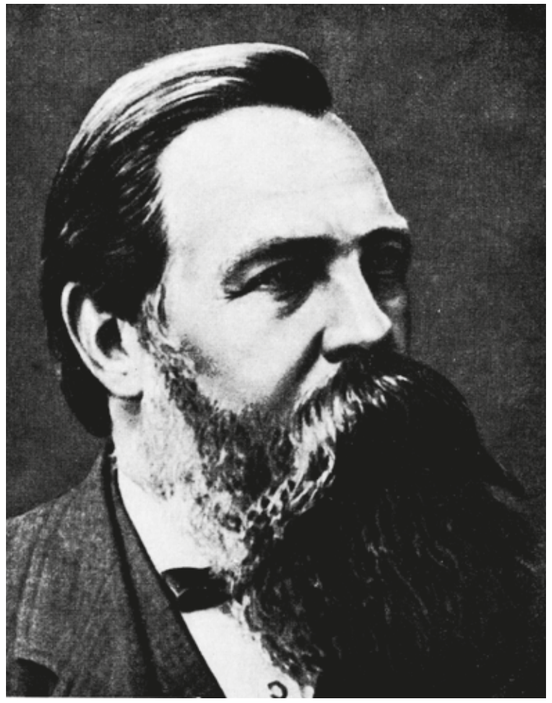
Bei den Schriftgelehrten, die sich als Manager in der Bankenwelt eingenistet haben und sich ihre Insiderinformationen sehr lukrativ versilbern lassen, galt und gilt Marx als toter Hund. Eigentlich ist diese Tatsache verständlich, denn wenn der grosse Kritiker der bürgerlichen Pseudo-Ökonomie immer wieder zum Bellen gebracht wird, hat dies wohl auch seinen Grund, nämlich die Widersprüche des kapitalistischen Systems. Die Schwierigkeiten, mit denen das kapitalistische System zu kämpfen hat, sind offensichtlich: Der Motor des kapitalistischen Systems gerät früher oder später ins Stocken und im schlimmsten Fall stürzt er dann endgültig ab.

Die Aktualität von Karl Marx

Die radikale Kapitalismuskritik von Marx ist heute aktueller denn je. Denn die Auswirkungen, die weltweiten Finanzmarkt- und Spekulationskrisen, waren ihm durchaus nicht fremd. Im Gegenteil. Er hat einige der analytischen Kategorien entwickelt, die man braucht, um das aktuelle Geschehen zu begreifen, zum Beispiel den Zusammenhang von Geld und Kapital. Im «Kapital» kann man die Mechanismen und Winkelzüge der Kapitalisten studieren und sich Gedanken machen, warum Geld als Kapital sich verselbständigen und vom Kreislauf des industriellen, produktiven Kapitals, von der kapitalistischen «Realökonomie» ablösen kann. Er lieferte in seiner fragmentarischen Darstellung des Kredit- und Banksystems die Kategorien, mit denen man die Bewegungen der modernen Spekulationsblasen-Ökonomie verstehen kann. Dazu gehört der Begriff des Geldfetischs ebenso wie der des Kapitalfetischs. Denn diese Vorstellungen beherrschen die Finanzmarktakteure, sie ermöglichen die «relative Selbständigkeit» der Finanzmärkte, die einer speziellen Klasse von Bankokraten, Börsenspielern und Rentiers ihr Aktionsfeld liefern. Diesen Fetischdienern gelingt es dank ihrer Macht über das Geldkapital der Gesellschaft, die ganze Gesellschaft zum Dienst an ihrem Götzen zu zwingen.

Fiktives Kapital

Marx betrachtete die Finanzmärkte als besondere Märkte, auf denen ganz spezielle fiktive Waren gehandelt werden – Schulden, Kredite, Zahlungsforderungen und davon abgeleitete «Wertpapiere». Einen «Wert» scheinen diese fiktiven, papierenen Waren zu haben, weil sie ein «fiktives Kapital» darstellen. Das fiktive Kapital ist es, was die Finanzmärkte regiert; die Finanzmarktkapitalisten sind seine Diener und Funktionäre, deren Handeln ganz und gar von der Logik der «Kapitalfiktion» beherrscht wird. Nicht nur reales, sondern eben auch fiktives Kapital kann «entwertet» werden. Genau darum geht es im Moment: Um die massenhafte Entwertung bis hin zur Vernichtung von fiktivem Kapital, das vollständig von Spekulationsgeschäften und deren Preiseffekten auf diversen Finanzmarktsegmenten abhängig ist. Mit Marx kann man vielleicht dem Rätsel auf die Spur kommen: Wie kann es sein, dass an den Finanzmärkten Milliarden verdient werden, dass angeblich dort «Werte» geschaffen werden, die sich dann aber in Luft auflösen? Wo sind die Milliarden geblieben? Warum müssen die Zentralbanken dauernd Billionenbeträge in den ökonomischen Kreislauf schiessen, damit das kapitalistische System nicht zusammenbricht? Tatsächlich handelt es sich längst um eine Insolvenzkrise, die Banken sind überschuldet, weil sie in ihren Portefeuilles fiktives Kapital angehäuft haben, das sie mit Krediten – billig – kaufen konnten.



Friedrich Engels im Jahr 1879.

Vision für einen demokratischen Sozialismus

Marx und Engels waren zudem Visionäre, denn sie haben einen Entwurf des möglichen und des notwendigen Sozialismus, der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung jenseits des Kapitalismus entwickelt. Zentrale Überlegungen waren für sie: Der moderne Kapitalismus bringt die materiellen, die intellektuellen und moralischen Voraussetzungen, die Produktivkräfte, viele neue institutionelle Formen und sonstige «Bildungselemente» und «Übergangsformen» hervor, die erst eine Gesellschaft mit nicht-kapitalistischer, sozialistischer Produktionsweise zu einer «reellen Möglichkeit» machen. Ohne diese Vorarbeit des real existierenden Kapitalismus kann es eine nach-kapitalistische, sozialistische Produktionsweise und Gesellschaft nicht geben. Marx ist ein «(Vor)Denker des Möglichen», aber zugleich ein systematischer und analytisch scharfsichtiger Forscher, kein Prophet.

Marx war überzeugt, dass an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation treten sollte, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Das waren zum Teil Forderungen der französischen Revolution, doch die Verheissungen der bürgerlichen Revolution sollten endlich politisch umgesetzt werden. Deshalb sollte sich Freiheit nicht nur auf liberale Freiheitsrechte, den freien Markt oder die Gewerbefreiheit beschränken. Gleichheit sollte nicht in der formalen Rechtsgleichheit der Geld- und Warenbesitzer bestehen, sondern in der Chancengleichheit aller Bürgerinnen und Bürger. Die Solidarität sollte gewährleisten, dass die Freiheit des einen nicht die Grenze der Freiheit des anderen, sondern die Ermöglichung der Freiheit aller ist. Die ständige Entwicklung aller Fähigkeiten sollte nicht auf Kosten anderer Menschen, sondern gemeinsam mit ihnen erfolgen. An diesen Begriffen von Emanzipation hat Marx immer festgehalten. ■

Leser Brief

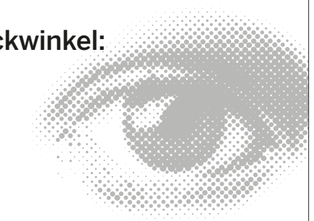
Liebes Tagebuch

Heute ist Kapitalismus. Weisst du, das ist so eine Phase, in der die Machtverteilung ungerecht ist. Ich denke, das hat sich ein Mächtiger ausgedacht, nachdem jemand Besitztum erfunden hat. Ich glaube, vor dem Kapitalismus hat die Menschheit auch überlebt oder vielleicht nicht mal schlecht gelebt. Ich möchte auf jeden Fall, dass die Phase bald vorbei ist. Ich gehöre leider nicht zu den Mächtigen.

Lieber Gruss
Ein Verlierer

David Gundi ist Sozialarbeiter.

Ein anderer Blickwinkel:



Mein Weg in die Elektromobilität

Ende März bin ich auf Elektromobilität umgestiegen, weil ich in die Agglomeration gezogen bin. Neu habe ich einen Arbeitsweg, der nicht mehr mit einem dreiminütigen Fussmarsch zu bewältigen ist. Es war mir zuwider, den rund acht Kilometer langen Weg mit einem normalen Verbrennerauto zu bewältigen. Ich fühle mich nicht wohl dabei, hinzukommen die Parkkosten, Kosten für Benzin bzw. Diesel etc. Ein gutes Fahrrad wäre eine Alternative, aber verschwitzt im Büro Sozialberatungen durchführen? – angenehm sieht anders aus. Zu Fuss würde es zu viel Zeit in Anspruch nehmen, ebenso die Anreise via ÖV, weil ich gerne die Mahlzeiten gemeinsam mit meiner Familie einnehme. Weil der ÖV – Ö ist – und somit überall hält, dauert die Fahrt für die acht Kilometer satte 30 Minuten. Und weil eben das «wie man sich mit was bewegt» auch ein Statement sein kann, habe ich den oben erwähnten Entschluss gefasst. Vielleicht tat ich dies, weil es gerade Mode ist – das mit der Nachhaltigkeit und so. Im Zuge von Olympia wird das Wort ja sehr exzessiv verwendet. Und nachhaltiger als eigens eingeflogene Ölfässer auf Bergspitzen abzufackeln, müsste es dann schon sein. Mein Weg in die Elektromobilität war ein harter Weg, auf welchem allerhand Leute und vor allem ich selber, so einiges dazu gelernt haben. So auch die Strassenverkehrsbehörde des Kantons Wallis, mein Versicherungsagent usw. Meine Entscheidung fiel auf ein Kleinmotorfahrzeug mit Elektroantrieb, minimalistisch, spritzig und klein. Eine Mischung aus Motorrad und Kleinwagen. Keine Seitenscheiben wie beim Motorrad und vier Räder wie beim Auto. Der Fahrzeughersteller hat bewusst auf Seitenscheiben verzichtet, denn dann müsste ebenfalls eine Heizung vorhanden sein. Und eine Heizung samt Seitenscheiben bedeutet Gewicht. Und Gewicht kann man nicht brauchen wenn man sparend und elektrisch von A nach B kommen. Das genaue Ausrechnen der monatlichen Fixkosten hat mich veranlasst, bei der Strassenverkehrsbehörde nachzufragen, was ich an Verkehrssteuer abdrücken müsste für mein Gefährt. Anstelle einer Antwort kam eine Frage. Wieviel Hubraum das Vehikel habe. Meines Wissens haben Elektrofahrzeuge keinen Hubraum, schrieb ich zurück, weil darin kein eigentlicher Verbrennungsprozess stattfindet, obwohl ich um sicher zu sein, die ENBAG fragen müsse, um welche Sorte Strom es sich beim gespiesenen Saft handelt. Je nachdem findet schon ein Verbrennungsprozess statt, wenn es Kohlestrom aus dem Ausland wäre, oder Atomstrom und ja ein Hubraum hat so ein Stausee ja auch, der auch nicht zu unterschätzen ist. Die Antwort kam postwendend und war ernüchtern: So sollte ich pro Jahr satte 113 Mücken auf den Tisch legen. Klar, für ein Auto wären es 200 Franken, aber in anderen Kantonen werden Elektrofahrzeuge kaum oder sogar gar nicht besteuert. Um das Ganze in Relation zu setzen: Ich sollte also für mein umweltfreundliches, emissionsarmes und ökologisches Fahrzeug mehr Steuern bezahlen als für ein lärmendes Quad ATV All Terrain Vehikel, welches mit seiner Lautstärke an eine überdimensionierte Motorsäge erinnert. Da ist nämlich der Hubraum massgebend, welchen ich ja nicht habe – dafür aber andere Kompetenzen. Insgeheim hatte ich mich schon auf diese Verfügung gefreut, gegen Verfügungen kann man einsprechen, man kann sie nutzen, um Dinge aufs Tapet zu bringen. Aber daraus wurde nichts, die sympathische junge und äusserst kompetente Dame am Schalter der Motorfahrzeugkontrolle in Visp hat mir erklärt, dass ich doch nur 35 Franken pro Jahr bezahlen müsse, es handle sich um ein Kleinmotorfahrzeug. Da haben alle was gelernt. Was ich ausserdem gelernt habe: Ein Elektrofahrzeug bremst nicht – es rekuperiert, es gewinnt Energie zurück in seine Batterie, indem es diese aus dem Bremsprozess gewinnt, also wenn das Gerät ausrollt. Ich finde das irgendwie philosophisch und es lässt sich auch in den Alltag übertragen, weg von der Hektik und den abrupten Starts und Stopps, auch einmal auslaufen lassen, um die Batterie zu schonen und Energie zurück zu gewinnen. ■

> «Mit was man sich bewegt, ist ein Statement»

Buchtipp:

Die Geschichte des Wassers

Von Maja Lunde btb Verlag
ISBN: 978-3-442-75774-9

Die junge norwegische Autorin Maja Lunde schuf mit ihrem ersten Roman «Die Geschichte der Bienen» einen Bestseller in mehreren Ländern. Der im Frühling 2017 in Deutsch erschienene Roman bildete zugleich den Erstling ihrer vierteiligen Klima-Serie. In ihrem neusten Werk widmet sie sich dem hochbrisanten Thema Wasser. Als Protagonisten fungieren einerseits die Umweltaktivistin Signe, andererseits der junge Familienvater David. Signe kämpft seit Jugendjahren gegen die Zerstörung der Umwelt. In ihrem Heimatdorf führt sie einen aussichtslosen Kampf gegen Staudämme und Wasserkraftwerke. Signe erlebt dabei einige Enttäuschungen, dennoch gibt sie nicht auf. Sie kämpft im Hier und Jetzt für die Zukunft. Der zweite Protagonist David ist im Jahre 2047 angesiedelt. Eine extreme Dürreperiode hat zu Wasserknappheit und Kriegen in den südlichen Ländern Europas geführt. David flüchtet mit seiner Tochter Lou in ein französisches Hilfscamp des Roten Kreuzes. Auf dem Weg dahin verliert er seine Frau und seinen Sohn. Getrieben auf der Suche nach seinen restlichen Familienmitgliedern harrt er im Camp aus. Die Hoffnungen, in die wasserreichen Länder des Nordens zu gelangen, zerschlagen sich mehr und mehr. Die Autorin spielt, wie schon im vorherigen Roman, gekonnt mit den Zeiten. Die LeserInnen werden mit aktuell grassierenden und verheerenden Zerstörungen von Mensch und Umwelt konfrontiert. Lunde spannt danach eine düsterere, fiktive Aussicht auf die Zukunft. Doch diese ist alles andere als Science-Fiction. Besonders die fiktive, kleine Gemeinde der Protagonistin Signe könnte die lokale LeserInneschaft ohne Probleme ins Wallis verschieben. Hierbei gilt es, den lokalen Stromproduzenten auf die Finger zu schauen und der Umwelt Sorge zu tragen.

Michael Näpfli

Rehabilitation der Oberwalliser Hexen

Forderung nach einem Mahnmal

Wallis | Ein dunkles Kapitel der Walliser Geschichte: Die Hexenverfolgungen. Sie fanden im Mittelalter und der frühen Neuzeit in ganz Europa statt. Es war ein Zeitalter voller Verdächtigungen, Massenprozesse und qualvoller Hinrichtungen.

Es war in Mitteleuropa die Zeit nach dem Dreissigjährigen Krieg. Es herrschten Hunger, Seuchen und Tod. Viele Menschen gaben den Hexen die Schuld an den ausbleibenden Ernten und den vorherrschenden Krankheiten. Diese wurden auf grausamste Art festgenommen, gefoltert und in den meisten Fällen auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Die Freie Bühne Oberwallis rief uns nun mit dem Theaterstück «Hexen» von Hans Steffen diese Vergangenheit in Erinnerung.

Forderung nach Mahnmal

Die Hexenverbrennungen sind aus einer Mischung von Hysterie, Religion und Gruppendynamik heraus entstanden. Emotionen und Denkweisen, die noch heute Grundlage für Kriege, Kontroversen, Feindseligkeiten und Gewalt an Frauen sind. Deshalb fordern wir von der Roten Anneliese, den Oberwalliser Hexen ein Mahnmal zu setzen, das an ihre Qualen und Leiden erinnert. Die Autorin Ursula Walser-Biffiger hat der Tourismusstelle Ernen dazu bereits eine Idee unterbreitet. «Wichtig ist mir, dass nicht einfach ein Klotz auf einen Platz gesetzt wird, sondern dass mit der Forderung eines Mahnmals ein Prozess beginnt, der sich mit der Sinnhaftigkeit einer solchen nachträglichen Rehabilitierung auseinandersetzt. Denn Gewalt an Frauen hat nicht nur einen geschichtlichen Hintergrund, sondern auch einen aktuellen Bezug», erklärt die Autorin. Sie kann sich ein Mahnmal in Form eines Labyrinths oder einer Steinsetzung vorstellen.

Rehabilitation für Tausende Frauen

Das Mahnmal sollte parteiübergreifend realisiert werden. Deshalb haben wir bereits bei Grossrat und Gemeinderat von Ernen, Francesco Walter, eine Anfrage gestartet. Seine Antwort: «Im Rathaus von Ernen gibt es bereits seit dem letzten Jahr eine Ausstellung über die Hexenverbrennungen, die derzeit noch um einen Führer erweitert wird. Die Hexen werden in Ernen bereits genügend thematisiert. Ein Mahnmal in Ernen würde ich deshalb nicht unterstützen.» Im Buch «Walliser Totentanz» schreibt der Autor Werner Ryser über Anna, Elsa und Maria Capelani, die 1575 als Hexen in Ernen auf dem Scheiterhaufen verbrannt worden sind. Er ist für die Aufhebung der damaligen Urteile und die Erstellung eines Mahnmals: «Selbstverständlich unterstütze ich die Forderung nach Rehabilitation für die Tausenden von Frauen, die bis weit in die frühe Neuzeit in ganz Europa auf dem Altar eines gnadenlosen Aberglaubens geopfert worden sind. Und es wäre wohl mehr als gerecht, zum Andenken an diese Frauen ein Mahnmal zu errichten.» Auch SP-Grossrat Werner Jordan unterstützt die Forderung: «Ich finde die Idee gut. Unsere Frauen von damals, die wegen ihrer Weitsicht und Intelligenz bestraft, gefoltert und getötet wurden, haben es verdient, dass wir sie ehren und somit eine kleine Wiedergutmachung bieten. Ich bin bei einem Vorstoss dabei.» Die Rote Annelise bleibt weiter am Thema dran. ■

Oberwalliser Männerstuben:

So gefunden in der RZ-Ausgabe Ende Dezember 2017: Die Walliser Köpfe des Jahres. 14 Männer, eine Ringkuh und Viola Amherd...

Das Netzwerk der Oberwalliser Berggemeinden. Sie lassen sich für die olympischen Spiele einspannen, obwohl der Kanton bluten muss, wenn die Spiele teurer werden. Im Bild das übliche alte Bild: Ein Haufen Männer und nur zwei Frauen. Dafür alle mit einem roten Schal. Und das, obwohl die Roten nachweislich gegen dieses Fass ohne Boden sind...

Das stolze Männerkollektiv der Energieversorgung Raron AG...

Und auch die Männer der Präsidentenkonferenz Bezirk Westlich Raron setzen sich prominent mit dem Banner Sion2026 zur Schau.

Sie versenkten in knapp zwei Jahren 14 Millionen Franken

Auf Kosten der Versicherten und der Steuerzahlenden

Naters 1: Polit-Trio

Bund, Kanton und Gemeinde haben in den letzten Jahren 70 Millionen Franken öffentlicher Gelder in den Natischer Tourismus investiert. Dies unter der kundigen Anleitung der drei Polit-Juristen Manfred Holzer, Franz Ruppen und Philipp Matthias Bregy. Die Gemeinde ist inzwischen hoch verschuldet, weil sich die Erwartungen nicht erfüllt haben. Ein Abschreiber jagt den nächsten.

Naters 2: Gardemuseum, Reka-Dorf, Belalp Bahnen

Das Gardemuseum hatte letztes Jahr nicht einmal mehr vier Besucher pro Tag. Der Grund: Garde und Päpste werden zu schönfärberisch. Es fehlt an Widerspruch und Spannung. Das Reka-Dorf hat schwergewichtig den anderen Vermietern zahlende Gäste weggenommen. Die bescheidene Erhöhung der Zahl der Übernachtungen stieg vorab wegen den verschärften Kontrollen. Jetzt müssen die Reka und die Gemeinde Naters je eine Million abschreiben. Weitere Verluste folgen wie das Amen in der Kirche. Die Belalp Bahnen wollten dank Investitionen den Umsatz von sechs auf neun Millionen Franken steigern. Das Kompetenzzentrum CCF hielt den Businessplan für unrealistisch. Der ehemalige Burgerpräsident Armin Agten war gegen zwei Zubringerbahnen. Das Juristentrio schlug alle Bedenken in den Wind. Jetzt mussten nach Ostern die Gäste mit dem Postauto von Blatten zur Talstation der Riederalp Bahnen fahren. Weil die Belalp Bahnen aus Spargründen stillgelegt wurden. Jean-Marie Schmid hatte mit seiner Kritik an der letzten GV recht.

Naters 3: Axa zieht Gemeinde über den Tisch

Als einzige Partei hat die SP in den letzten Jahren immer wieder kritische Fragen zum faktischen Verkauf des Terrains an die AXA sowie zum Word Nature Forum gestellt. **Eigengoal 1:** Die Gemeinde räumte der AXA ein Baurecht zu einem Spottpreis ein. Und hat es versäumt, eine halbwegs vernünftige Heimfallregel einzuführen. **Eigengoal 2:** Die Gemeinde mietete der AXA pro Jahr für 230'0000 Franken 100 Parkplätze ab. Diese sollten dank Geschäften und Büros entsprechend Einnahmen generieren. Die Geschäfte stehen leer. Büros werden in Wohnungen umgewandelt. Die Einnahmen pro Jahr betragen 35'000 Franken. **Eigengoal 3:** Die Gemeinde Naters ist Hauptaktionärin des Word Nature Forum. Sie mietet bisher der AXA für 500'000 Franken pro Jahr das Gebäude ohne 3. und 4. Stock ab. Der von Peter Arbenz miterstellte Businessplan sah vor, dass jedes Jahr 70'000 zahlende Gäste dieses Museum besuchen sollten. **Verhindertes Eigengoal 4:** Im letzten Moment weigerte sich die Gemeinde unter dem Druck der SP, Kita und Kindergarten für 150'000 Franken zu mieten.

Naters 4: Die Kacke dampft

Die Tätschmeister waren bis vor kurzen IWISA-Chef Matthias Sulzer, Gemeindepräsident Manfred Holzer, der pensionierte Gemeindeschreiber Alphons Epiney sowie der Hans Dampf in allen Gassen, Pierre-Alain Grichting. Sie haben alle vier auf die Schnelle demissioniert, während der bisherige Geschäftsführer Beat Ruppen seine wohlverdiente Pension geniesst. Sulzer, Holzer und Epiney mieteten das World Nature Forum der AXA samt Nebenkosten für mehr als 500'000 Franken im Jahr ab. Dies ohne die beiden oberen Stockwerke. Die Hobby-Touristiker erhielten von Bund, Kanton, Gemeinden und weiteren Institutionen sieben Millionen Franken, um eine attraktive Ausstellung zu gestalten. Die Ausstellung ist schön, pädagogisch wertvoll, aber leider nicht attraktiv. Der Natischer Gemeindeangestellte Rocky interviewte auf tv-oberwallis den neuen Geschäftsführer Dr. Leiggener. Und gab zu, dass er die Ausstellung noch nie besucht hatte. Weil niemand das Verwaltungsratspräsidium übernehmen wollte, machte die verbleibende Resttruppe um Franz Ruppen den Geschäftsführer gleich noch zum Verwaltungsratspräsidenten. Eigentlich hätten die Verwaltungsräte bereits in der Ära Sulzer die Bilanz deponieren müssen. Denn 2017 standen Ausgaben von mehr als einer Million Franken Einnahmen von nicht ganz 250'000 Franken gegenüber. Um den Skandal zu vertuschen, wurden Gelder, die für Investitionen vorgesehen waren, für den Betrieb verwendet. So etwas geht rechtlich gar nicht.

14 Millionen Verlust vertuschen

Jetzt wird in einer von Albert Bass organisierten Blitzaktion alles vertuscht: Die Putzfrauen wurden entlassen. Die World Nature AG wird liquidiert. Die Gemeinde wandelt das widerrechtliche Aktionärsdarlehen in Kapital für eine neue Stiftung um. Diese kauft der AXA für sechs Millionen Franken das Gebäude ab, das diese noch für 16 Millionen Franken in ihren Büchern hat. Und Economiesuisse-Präsident Felix Karrer muss den Betrieb der Ausstellung übernehmen. Der Gemeinderat entschied sich für diesen Plan ohne Unterlagen. Weil die Hütte brannte. Den unkritischen Medien wird dies der Sünder Franz Ruppen nach Redaktionsschluss dieser Zeitung als Erfolg verkaufen. Einmal mehr soll niemand Schuld sein. Und ausgerechnet diese Ansammlung von Pajassen wollen olympische Spiele ohne Defizite organisieren. ■

Die Sünderinnen und Sünder von rechts nach links bei der Eröffnung des World Nature Forums: Professor Matthias Sulzer. Strahlend wie immer Pierre-Alain Grichting und Doris Leuthard. Voll dunkler Vorahnungen Manfred Holzer. Besorgt Beat Ruppen. Gut gelaunt Adolf Ogi und Viola Amherd. Im Hintergrund Jean-Michel Cina und Beat Rieder. Sichtlich gerührt Peter Arbenz. Sie alle wollen jetzt mit Sion 2026 eine Olympiade ohne Defizite veranstalten. Zum Lachen.

Bild: Sophie Mayer

Jean-Pierre L. D'Alpaos ist der Filmkenner im Oberwallis.

Das Filmgespräch mit Jean-Pierre L. D'Alpaos:

Der junge Karl Marx

Etwas skeptisch zeigte sich Jean-Pierre, bevor er den Kinosaal in Bern betrat. Das war im Mai vergangenen Jahres. Der Film lief gerade in den Schweizer Kinos an. Doch wieso skeptisch? «Es war der Titel. Denn in seinen jungen Jahren waren die Ideen von Karl Marx noch nicht ausgereift», erklärt der Kenner der Filmwelt. Er selbst ist ein Freund des Begründers des Kommunismus. «Marx war ein grossartiger Theoretiker. Seine Ideen überzeugen und sind heute nach wie vor aktuell.»

Der Film schildert das Leben von Karl Marx zwischen seinem 25. und 30. Lebensjahr Mitte des 19. Jahrhunderts. Der junge Journalist flieht von Köln ins politische Exil nach Paris. In der französischen Hauptstadt trifft Marx auf seinen späteren Weggefährten Friedrich Engels. Der Film zeigt nicht nur die Anfänge ihrer Freundschaft, sondern auch den Beginn ihrer Revolution. Engels, der Sohn eines reichen Fabrikbesitzers, kann das Elend der englischen Arbeiterklasse nicht mehr länger mit ansehen. In Karl Marx findet er seinen geistigen Bruder. Die beiden inspirieren sich in ihren Ideen gegenseitig.

Nach einer weiteren Verbannung aus Paris folgt Marx seinem Gefährten Engels nach England. Hier schreiben sie das Manifest der Kommunistischen Partei für den Bund der Gerechten. Das Manifest geht in die Geschichte ein. Der Film endet jedoch vor dem hauptsächlichen Wirken der beiden sozialen Revolutionäre. «Für mich war der Film nicht zufriedenstellend. Er ging am Thema vorbei», so Jean-Pierre dazu. «Stichwortniveau nennt man das.» Ihm fehlt die Tiefe, die Philosophie im Film. Zum Schluss findet er aber auch noch positive Worte. «Der Film ist ein historisches Zeitgemälde mit wunderschönen Bildern. Die Handarbeit der Schauspieler ist brillant.» Wer jedoch mehr über Karl Marx erfahren möchte, dem empfiehlt Jean-Pierre, ein Buch in die Hand zu nehmen. ■

Regie: Raoul Peck
Hauptdarsteller: August Diehl (Karl Marx), Stefan Konarske (Friedrich Engels)
Erscheinungsdatum: März 2017

Leser Brief

Liebe Leserinnen und Leser

Leserbriefe regen zum Nachdenken an und fördern die Diskussion. In der Rubrik Leserbriefe veröffentlichen wir künftig Zuschriften, die in unser medienspezifisches Konzept passen. Möchten auch Sie gerne zu einem bestimmten Thema Ihre Meinung äussern oder auf einen Beitrag der Roten Anneliese reagieren? Dann schreiben Sie uns unter dem Betreff «Leserbrief» an rote.anneliese@rhone.ch. Denn Ihre Meinung ist uns wichtig.

Redaktion Rote Anneliese

Demonstration Zürich

23. Juni 2018

Nationale Baudemo in Zürich

Begleiten Sie die Kollegen vom Bau und gehen mit der Unia Oberwallis an die Demo in Zürich.

Der Landesmantelvertrag läuft aus, jetzt geht es um alles!

AGENDA

Mai bis Juni 2018

Kellertheater Brig

Die Vorstellungen beginnen jeweils um 20.30 Uhr

04.05.2018 **Konzert** Knuth & Tucek «Heimat – ein Ammenmärchen»

18.05.2018 **Konzert** Bzar, RapRospektive

24./25./26.05. sowie 01./02.06.2018 **Theater** fiischter Wort & Spiel Ensemble

08.06.2018 **Konzert** Bahur Ghazi's Palmyra Bydaya

ZeughausKultur Brig

03.05.2018 **Abusitz** Konzert Open Stage

05.–06.05.2018 **Festival** Das Schweizerische Tanzfest

04.-05.05.2018 **Show** «The Wanderers Peace» Cie Nicole Seiler

09.–20.05.2018 **Vorführung** «Das cheibu Mannuvolch» Seniorenbühne Brig

10.05.2018 **Abusitz** Konzert The Crazy Juggler's Prog Orchestra

17.05.2018 **Abusitz** Vorstellung Artist in Residence, Kunstverein Oberwallis

22.–27.05.2018 **Festival** ZighüsWelt-KulturTage 2018

24.05.2018 **Abusitz** Show Stubuta & Folkloreabend, Trachtenverein Glis

27.05.2018 **Konzert** Jamsession Wanderrock, gä&nä

02.–03.06.2018 **Konzert** Zighüs-KulturBand-Festival 2018

03.06.2018 **Performance** Über Stock und Stein, Ein Liederabend

07.06.2018 **Abusitz** Frauenstimmen Preview Festival

24.06.2018 **Konzert** Jamsession Wanderrock, gä&nä

Moshpit Naters

05.05.2018 **Metal World United**

12.05.2018 **Dance-Party**

19.05.2018 **Stoner-Rock-Night**

Zentrum Brig / Simplonpass

05.05.2018 Einen Tag vor der Motorradsegnung auf dem Simplon finden im Zentrum von Brig die **Goudron Bike Days** mit diversen Attraktionen statt. Abgerundet wird der Anlass mit einem **Rockkonzert** am Abend.

Veranstaltungen:

In der Roten Anneliese erscheinen regelmässig ausgewählte Veranstaltungstipps für Jung und Alt. Möchten auch Sie Ihre Veranstaltung hier abgedruckt sehen? Dann schreiben Sie uns an rote.anneliese@rhone.ch mit dem Vermerk «Veranstaltung».

Leukerbad

29. Juni – 1. Juli 2018

23. Internationales Literaturfestival

Autoren aus aller Welt holen vom 29. Juni bis zum 1. Juli 2018 am 23. Internationalen Literaturfestival Leukerbad die Welt der Literatur ins Oberwallis und stellen an besonderen Leseorten rund um Leukerbad drei Tage lang in einem dichten und hochkarätigen Programm ihre Werke vor. Am Donnerstag vor dem Festival findet noch eine geführte Wanderung statt.

Kaufplatz Visp

16. Juni 2018 11.00 – 17.00 Uhr

Fest der Kulturen

1980 initiierte die Schweizerische Flüchtlingshilfe den ersten nationalen Flüchtlingstag. Seither findet dieser jeweils am dritten Wochenende im Juni in über 200 Städten und Gemeinden statt. Der Flüchtlingstag würdigt das Schicksal und den Mut von Flüchtlingen aus der ganzen Welt und ist daher ein Fest, ein Tag der Besinnung und des Kampfes für das Menschenrecht auf Asyl. Einerseits wird Solidarität mit den Flüchtlingen bekundet, anderseits ist es ein Tag der Begegnung zwischen Menschen aus verschiedenen Ländern mit der Oberwalliser Bevölkerung.

Place du Manoir Martigny

21. Juni – 24. Juni 2018

Fest der 5 Kontinente

Das Fest der 5 Kontinente ist eine kulturelle Veranstaltung, die sich rund um das Zusammenleben dreht. Es bietet den Besuchern eine einzigartige Gelegenheit, Menschen von anderen Kontinenten mit unterschiedlichen Kulturen zu treffen. Der Fokus liegt hierbei auf der Entdeckung der Musik, der Kulinarik und des Zusammenlebens der verschiedensten Kulturen von allen 5 Kontinenten. In diesem Jahr feiert das Festival sein 25. Jubiläum mit über hundert Künstlern und internationalen Musikern.

KINO

Mai 2018

Kino Astoria Visp

Der besondere Film – jeweils montags um 20.30 Uhr

07.05.2018 **ELLA & JOHN**

Ella und John sind weg. Statt sich mit ihrer Zukunft zu befassen, befahren sie mit ihrem alten Wohnwagen die Welt.

14.05.2018 **ELDORADO**

Der Schweizer Regisseur Markus Imhoof erzählt von Menschen auf ihrer Flucht nach Europa.

21.05.2018 **LADY BIRD**

Der Alltag von Lady Bird besteht aus Schulroutine, Familientrouble und ersten Erfahrungen mit Jungs.

28.05.2018 **FILM STARS DON'T DIE IN LIVERPOOL**

Der Film beginnt mit einer aufregenden Affäre zwischen der legendären Filmdiva und ihrem jugendlichen Liebhaber.

ROTE ANNELIESE

Die RA abonnieren

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

E-Mail

Telefon

☐ Ich bestelle ein RA-ABO für 50 Franken.
☐ Ich bestelle ein RA-Unterstützungs-ABO für 100 Franken.
☐ Ich bestelle ein Online-RA-ABO für 50 Franken.

5 RA-Abos zu gewinnen!!!

direkt zum Abo ROTE ANNELIESE

Abonnieren Sie die Rote Anneliese und mit etwas Glück gehören Sie zu den fünf Gewinnern, die Ihr Abo für ein Jahr lang gratis erhalten. Die Gewinner werden persönlich angeschrieben.

Talon bitte ausschneiden und einsenden an:
Verein Rote Anneliese
Postfach 441, 3900 Brig-Glis

oder per E-Mail an:
rote.anneliese@rhone.ch

www.roteanneliese.ch

Wussten Sie schon, dass…

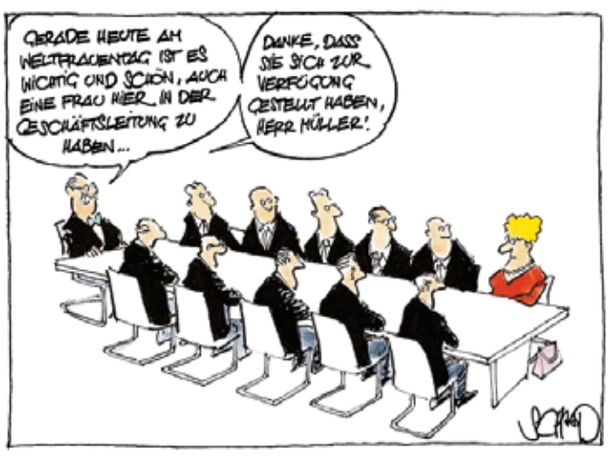
› sich am 4. April 2018 zum fünfzigsten Mal der Todestag von **Martin Luther King** jährte? Er war wohl der bekannteste Vertreter der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, engagierte sich gegen soziale Unterdrückung und Rassismus und bekämpfte die bis dahin übliche Rassentrennung, indem er unter anderem zu zahlreichen Aktionen des zivilen Ungehorsams aufrief. Seine «I have a dream» Rede, in der er den Traum einer gerechteren Gesellschaft beschwor, zählt zu den bedeutendsten und meist zitierten Reden des 20. Jahrhunderts. Für sein Engagement erhielt Martin Luther King 1964 den Friedensnobelpreis. Im Jahr 2018 wird seiner Ermordung durch einen weissen Rassisten im Jahr 1968 gedacht. Er wurde nur 39 Jahre alt.

› **Nelson Mandela** am 18. Juli 2018 hundert Jahre alt geworden wäre? Der später als erster schwarzer Präsident Südafrikas gewählte Mandela verbrachte 27 Jahre seines Lebens aufgrund seines Kampfes gegen das Apartheidregime als politischer Gefangener hinter Gittern. Er gilt noch heute als einer der herausragendsten Vertreter im Freiheitskampf gegen Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit. Im Jahr 1993 erhielt er für seinen Einsatz den Friedensnobelpreis. Eines seiner bekanntesten Zitate lautet: «Wirkliche Führer müssen bereit sein, alles für die Freiheit ihrer Menschen zu geben.» Nelson Mandela verstarb am 5. Dezember 2013 an den Folgen einer Lungenentzündung im Alter von 95 Jahren.

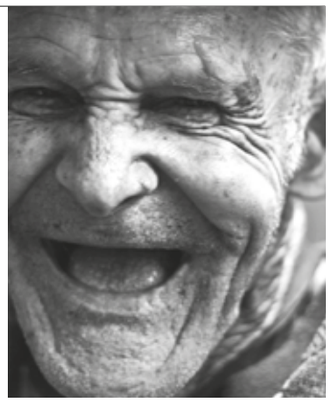
› auch **Hans Scholl** am 22. September 2018 hundert Jahre alt geworden wäre? Als Kopf der Gruppe «Weisse Rose» kämpfte er gegen die Diktatur des Nationalsozialismus. Sie verteilte insgesamt sechs Flugblätter mit dem Aufruf zum Widerstand. Das erste begann mit den Worten: «Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenen Herrscherclique regieren zu lassen.» Bei der Verteilung des sechsten und letzten Flugblattes wurde Hans Scholl gemeinsam mit seiner Schwester Sophie beobachtet und an die Gestapo ausgeliefert. Vier Tage später, am 22. Februar 1943, wurden die Geschwister zum Tod durch das Fallbeil verurteilt. Das Urteil wurde noch am gleichen Tag vollstreckt.

› **Henry Tandey** am 28. September 1918 um ein Haar Hitler erschossen hätte? Beschrieben ist die Situation im Buch des Historikers David Johnson. Sie spielte sich wie folgt ab: Der englische Soldat Henry Tandey verschonte auf einem Schlachtfeld an der deutschen Westfront des 1. Weltkrieges einen jungen Deutschen, weil dieser verwundet war. Der deutsche Soldat habe zum Dank genickt und sei davongeirrt. Der junge Mann war Adolf Hitler, der Mann, der Jahre später den 2. Weltkrieg anzettelte, der fast 60 Millionen Tote forderte und den Kontinent in Blut und Leid tränkte. Während Henry Tandey später bedauerte, nicht geschossen zu haben, schrieb es Hitler göttlicher Fügung zu, damals nicht getötet worden zu sein. ■

Der heitere Schlusspunkt:



Bildquelle: Felix Schaad, Tages-Anzeiger, 8.3.2018



MERKWÜRDIGE ZEITEN

Die Arbeiterklasse hat keine Arbeit, die Mittelschicht hat keine Mittel, die herrschende Klasse hat keine Klasse.

GONZALO ERNESTO CÁCERES

RA **Die nächste Ausgabe der Roten Anneliese erscheint am 1. Juli 2018.**

AZB
CH-3900 Brig-Glis
DIE POST

ROTE ANNELIESE
AZB CH-3900 BRIG-GLIS | NR. 244 | MAI 2018
Adressänderungen bitte melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis oder
per E-Mail an: **rote.anneliese@rhone.ch**